Burkhard Gutleben

100 Jahre linksliberale Kleinparteien in Deutschland (1908 – 2008)

Fassung vom Dezember 2015

Inhalt

Einleitung oder Forschungsbericht

Dies ist die vorläufig finale Version einer Studie, mit der ich mich in den letzten zwei Jahrzehnten – mit durchaus schwankender Intensität – beschäftigt habe.

Eine erste Druck-Veröffentlichung erschien 1992 unter dem Titel „Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert. Eine Skizze".[1] Aus der Skizze ist inzwischen eine Darstellung geworden, auch wenn sie vielleicht nicht so detailfreudig und materialreich ausfällt, wie sich manch eine(r) das vorstellen mag. Ich habe jedoch während all dieser Zeit immer nur in den Veröffentlichungskategorien „Aufsatz" oder „Broschüre" gedacht. Bei einer Online-Publikation ist der Umfang zwar nebensächlich, aber zu einem Quantensprung in Richtung monographischer Breite fehlten mir letzten Endes sowohl Ressourcen wie Motivation.

Die beiden Änderungen in der Titelfassung sind jedoch keine persönlichen Sprachspiele sondern inhaltlich motiviert.

Es sieht so aus, als habe sich die politikwissenschaftliche Terminologie kurz vor dem Millennium von dem pejorativ klingenden Ausdruck „Splitterpartei" verabschiedet und nutze nun vorwiegend den harmloseren Terminus „Kleinpartei". Mit dieser durchaus begrüßenswerten *political correctness* geht allerdings der Verlust einer gewissen Trennschärfe einher, da der Begriff „Kleinpartei" in seiner konkreten Verwendung sehr weit verstanden wird und etablierte Größen wie die FDP ebenso umfasst wie kurzlebige Null-Komma-Experimente.

Die nicht unbedingt zu erwartende Langlebigkeit der 1982 gegründeten Liberalen Demokraten hat es ermöglicht, inzwischen auf eine 100jährige Geschichte linksliberaler Kleinparteien zurückzublicken, die von der Gründung der Demokratischen Vereinigung im Jahr 1908 bis in die Gegenwart reicht.

Es folgt nun aber keine Jubel-Festschrift, auch wenn ich durchaus eine Liebhaber-Beziehung zu meinem Forschungsgegenstand entwickelt habe[2]

---

[1] Burkhard Gutleben: Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert. Eine Skizze. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 4 (1992). S. 217 - 228.

[2] Wenn ich mich recht erinnere, hat Andreas Biefang mich bei einer Tagung des Arbeitskreises für Liberalismusforschung im Herbst 1993 in Gummersbach mit dem Kommentar bedacht, dass man ja geradezu „eine erotische Beziehung zu seinem Gegen-

und darüber hinaus bei den Liberalen Demokraten nicht nur „teilnehmender Beobachter" sondern zeitweise auch Akteur war, zumindest während meiner 20monatigen Amtszeit als stellvertretender Bundesvorsitzender zwischen dem Oktober 2006 und dem Juni 2008. Auch heute noch bin ich Mitglied der LD.

Für das jüngste Kapitel meiner Studie kann ich daher auf eigene Erfahrungen und mein eigenes Archiv zurückgreifen – was angesichts fehlender Veröffentlichungen über die Geschichte der LD[3] eine wesentliche Arbeitserleichterung bedeutet.

Ein wenig günstiger waren die Voraussetzungen in Hinblick auf die Radikaldemokratische Partei (RDP), wobei allerdings der erste erwähnenswerte Beitrag im DDR-Lexikon zu den bürgerlichen Parteien in Deutschland nur wenige Informationen lieferte und mit der Aussage:

> „Außer wenigen spärlichen Hinweisen und Bemerkungen in der zeitgenössischen Presse und in Archivalien zur Tätigkeit der VUD bzw. RDP konnten bisher keine Quellen und Veröffentlichungen aufgefunden werden"[4]

zum Gegenbeweis ermunterte.

Während ich an diesem arbeitete, erschien – erneut in der DDR – ein deutlich besserer Lexikonartikel aus der Feder von Werner Fritsch[5]; ferner waren die Aufsätze von Karl Holl zu den Weimarer Linksliberalen und Pazifisten aufschlussreich.[6] Seine lang erwartete, im Jahr 2007 schließlich veröffentlichte, Biographie zu Ludwig Quidde blieb allerdings gerade in Bezug auf

---

stand" entwickelt haben müsse, um an einer solchen Thematik über einen längeren Zeitraum festzuhalten. Ihm sei an dieser Stelle für die prägnante Formulierung gedankt.

3 Abgesehen von einigen Beiträgen aus der ersten Hälfte der 80er Jahre (vgl. die Darstellungen unter 4.3 im Literaturverzeichnis) finden die LD eine mehr als beiläufige Erwähnung allenfalls in den beiden Büchern über die FDP von Jürgen Dittberner aus den Jahren 1987 und 2005.

4 Kurt Rüss: Radikal-Demokratische Partei (RDP) 1930-1933. (August - November 1930 Vereinigung Unabhängiger Demokraten [VUD]). In: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Berlin 1968. Bd. 2, S. 478 - 480.

5 Werner Fritsch: Radikal-Demokratische Partei (RDP) 1930 - 1933. (August - November 1930 Vereinigung Unabhängiger Demokraten [VUD]). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 3, Köln 1985, S. 608 - 613.

6 Vgl. die Darstellungen unter 3.3 im Literaturverzeichnis.

dessen Beteiligung an der Radikaldemokratischen Partei vergleichsweise knapp.[7]

Während der Recherchen zur Geschichte der Radikaldemokratischen Partei begegneten mir wiederholt Hinweise auf deren Vorgängerin: die Demokratische Vereinigung (DV), die vor dem Ersten Weltkrieg selbst das gescheiterte Experiment einer Linksabspaltung von einer bereits als linksliberal geltenden Partei darstellte.

Die DV hatte ohne Zweifel bis dato den meisten Widerhall bei den deutschen Historikern gefunden. Möglicherweise erklärt sich dieser Umstand auch daraus, dass sie gewissermaßen den Prototyp der hier untersuchten Parteien darstellte, möglicherweise gar die erste im heutigen Sinne links- bzw. sozialliberale Partei war.[8]

Neben den einschlägigen Artikeln der DDR-Parteiforscher und den Arbeiten von Karl Holl[9] gab es zur Demokratischen Vereinigung bereits eine Darstellung mit monographischem Umfang. Unklar ist allerdings der Entstehungs-

---

[7] Karl Holl: Ludwig Quidde (1858 - 1941), eine Biographie. Düsseldorf 2007.
Für mich persönlich ist es bemerkenswert, dass Holl zwar meinen 1986 in ‚liberal' veröffentlichten Aufsatz über die RDP anführt, nicht jedoch den 1996 in der ZfG erschienenen Beitrag über die linksliberalen Pazifisten in der ausgehenden Weimarer Republik, dessen Manuskript er in einem Brief vom 30.10.1995 dahingehend kritisierte, dass es „zu wenig an wirklich neuen Ergebnissen und Erkenntnissen" enthalte.

8 Mit dem Gedanken, dass der Begriff »linksliberal« zu verschiedenen Zeiten inhaltlich anders gefüllt sein könne, habe ich mich offen gestanden erst vor kurzem vertraut gemacht, vor allem angeregt durch verschiedene Diskussionsbeiträge und Änderungen beim Wikipedia-Artikel »Linksliberalismus« während des Sommers 2008. Die fortschreitende Demontage dieses Artikels, die damit verbundene Desavouierung des Linksliberalismus, die letztlich nur noch die Person Eugen Richters einer namentlichen Erwähnung für würdig befand, hat mich zunächst sehr irritiert, zumal die meisten Veränderungen anonym erfolgten und nur selten auf seriöse Belege zurückgriffen. Dass es sich um kein Einzelphänomen handelte, machte mir Hans-Georg Fleck deutlich: „Um so überraschender und bizarrer mag da vielen jene revisionistische Wendung anmuten, die – nicht von ungefähr – mit einer zeitgeistgemäßen, radikalen Akzentverlagerung des innerliberalen Diskurses an der Wende zu den 1990er Jahren einherging. Aus Eugen Richter wurde die Lichtgestalt des »echten Liberalismus« in Deutschland…" (Benevolenz, Missachtung Misstrauen trotz »Schicksalsgemeinschaft« - Organisierter Linksliberalismus und sozialliberale Gesellschaftsreform zu Zeiten Eugen Richters. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 [2007], S. 49). Vor diesem Hintergrund muss ich bekennen, maßgeblich durch den „innerliberalen Diskurs" der 1970er und frühen 1980er Jahre geprägt worden zu sein, wo der Linksliberalismus als eine fraglos existierende politische Strömung galt.

9 Siehe unter Darstellungen, Kap. 2.3 des Literaturverzeichnisses.

zusammenhang der knapp 100 Schreibmaschinenseiten umfassenden Arbeit von Manfred Braumann, die nie veröffentlicht, aber wenigstens archiviert wurde.[10]
Während ich über die Liberalen Demokraten in wesentlichen Teilen auf Grundlage meiner eigenen Erinnerungen und Unterlagen berichte und für die Radikaldemokratische Partei teilweise eigene Forschungsergebnisse präsentiere, leiste ich in Hinblick auf die DV daher keine Pionierarbeit, sondern referiere hier in erster Linie bereits vorliegende Arbeiten anderer.

Damit ist das Trio benannt (DV – RDP – LD), das in dieser Studie genauer vorgestellt werden soll.[11]

Zwischen die drei Kapitel für die Parteien habe ich zwei biographische Exkurse eingeschoben. Ohne einem Personenkult huldigen zu wollen oder der Sichtweise Vorschub zu leisten, dass es die großen Männer sind, die die Geschichte »machen«, muss man doch dem Umstand Rechnung tragen, dass kleine Parteien dann eine bessere Chance haben, von der Nachwelt wahrgenommen zu werden, wenn sich einige bekannte Persönlichkeiten mit ihnen in Verbindung bringen lassen. Ich habe Hellmut von Gerlach und Ludwig Quidde ausgewählt: die beiden durchaus unterschiedlichen Charaktere haben in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft kooperiert und repräsentieren die große Affinität

---

[10] Manfred Braumann, Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen 1912. (Masch., o.O., ca. 1968, Exemplar in der Bibliothek des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam.) In seinem Vorwort nimmt Braumann für sich in Anspruch, die DV „dem Vergessen entzogen zu haben" (S. IV), andererseits geht er durchaus kritisch mit ihr ins Gericht. Ähnlich würde ich meinen Ansatz sehen; er lässt sich vielleicht auf die Formel »bewahren ohne zu verklären« bringen.

[11] Nicht berücksichtigt wird hier die Republikanische Partei Deutschlands (RPD), die 1924 unter Beteiligung von Carl von Ossietzky gegründet wurde, obwohl auch diese durchaus Berührungspunkte zum Linksliberalismus und zum organisierten Pazifismus hatte. (Vgl. dazu: Burkhard Gutleben, Die große Republikanische Partei... Vergebliche Sammlungsbestrebungen in der Weimarer Republik. In: liberal 32 [1990], H. 1, S. 95 - 102) Einige Programmelemente scheinen jedoch nicht ganz in die Kontinuität linksliberaler Zielperspektiven zu passen, außerdem handelte es sich bei der RPD rein organisatorisch nicht um eine Linksabspaltung von einer bestehenden liberalen Partei, sondern um eine Gründung am »grünen Tisch« (der Legende nach stand er – nicht unbedingt grün – in der »Alten Münze« zu Berlin...)

zwischen Linksliberalismus und Pazifismus. Gerlach wird hier als Bindeglied zwischen Demokratischer Vereinigung und Radikaldemokratischer Partei vorgestellt, weil er in der Tat beiden Parteien angehörte, während der Friedens-Nobelpreisträger Ludwig Quidde durch seine Mitwirkung die RDP wohl davor bewahrt hat, gänzlich in Vergessenheit zu geraten.[12]

---

[12] Zur Abrundung des Bildes seien noch die Kandidaten erwähnt, die in die engere Auswahl, aber letztlich nicht zum Zuge kamen:

Theodor Barth (1849 - 1909) ist ohne Zweifel eine wichtige Person für den Linksliberalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Er starb jedoch nur ein Jahr nach der Gründung der Demokratischen Vereinigung, so dass er allenfalls im »Prolog« berücksichtigt werden könnte oder noch besser in einer Darstellung aufgehoben wäre, die bis auf die im 19. Jahrhunderts getroffenen Grundentscheidungen bei der Lagerbildung innerhalb des deutschen Liberalismus zurück geht.

Rudolf Breitscheid (1874 - 1944) hatte bei seiner Trennung von der DV 1912 noch den größeren Teil seines aktiven politischen Lebens vor sich, arbeitete dann jedoch nur noch im sozialdemokratischen Spektrum (SPD, USPD und wieder SPD), so dass er sich als Leitfigur für den linken Liberalismus nur bedingt eignet.

Paul Freiherr von Schoenaich (1866 - 1954) wirkte zwar wie Quidde und Gerlach in der Führung der Deutschen Friedensgesellschaft und knüpfte vorübergehend nach dem Zweiten Weltkrieg an diese Arbeit an, jedoch scheinen seine politischen Auffassungen mitunter eine gewisse Stringenz und Kontinuität vermissen zu lassen und in verschiedenen Situationen liegt zumindest der Verdacht nahe, dass er sich von Kräften als Werkzeug benutzen ließ, die mit dem Liberalismus wenig gemein hatten.

William Borm (1895 - 1987) schließlich hätte sich als jüngster der großen alten Männer und Ehrenvorsitzender der LD gewiss für das Ende meiner Abhandlung angeboten, seine Stasi-Verstrickung ließ mich jedoch von einer näheren Würdigung Abstand nehmen.

Wenn man den Blick über den Rahmen der reinen Parteiorganisation hinaus schweifen lässt, würde vielleicht am ehesten noch Carl von Ossietzky (1889 - 1938) einen Ehrenplatz verdienen: immerhin gehörte er vor dem Ersten Weltkrieg auch vorübergehend der Demokratischen Vereinigung an und hat zur Zeit der Weimarer Republik oft genug die linksliberalen Pazifisten gegen Angriffe aus den Reihen der bürgerlichen Mitte, der Sozialdemokratie oder der radikalen Antimilitaristen verteidigt. Da er als Friedens-Nobelpreisträger und Verfolgter des Naziregimes allerdings schon gebührende Würdigung erfahren hat, sei er hier nur in einer Fußnote erwähnt. (Er wird allerdings im bibliographischen Anhang wie alle anderen hier genannten Personen mit einem eigenen Abschnitt bedacht.)

Auffällig ist natürlich, dass in der »Ahnengalerie« des linken Liberalismus keine Frauen vorkommen. Das soll nicht den Einsatz der zahlreichen weiblichen Parteimitglieder schmälern, aber es fehlt an Personen von der Statur einer Hildegard Hamm-Brücher, die sich nur mit Mühe für die hier dargestellte Strömung vereinnahmen ließe (die aber 2002 durch ihren Austritt aus der FDP immerhin im Forum der LD die Diskussion darüber anregte, ob ihr die Mitgliedschaft oder gar der Ehrenvorsitz bei den Liberalen Demokraten angeboten werden sollte).

Mein Dank gilt denen, die mir im Verlauf meiner bisherigen Studien begegnet sind oder geholfen haben. Von ihnen seien genannt Larry Eugene Jones, der mich als erster etablierter Fachwissenschaftler nach der Lektüre meines ursprünglichen Typoskripts zur RDP ermutigt hat, weiter zu machen, Jürgen Frölich vom Archiv des Deutschen Liberalismus, der mir die Gelegenheit bot, meine ersten Arbeitsergebnisse 1991 im Rahmen einer Tagung des Arbeitskreises für Liberalismusforschung vorzustellen und in überarbeiteter Form 1992 erstmals zu publizieren, sowie nicht zuletzt Hans Dolezalek, der sich mir als Zeitzeuge für die Arbeit der Radikaldemokratischen Jugend zur Verfügung stellte.

Die Demokratische Vereinigung (1908 - 1914/18)

Dass die Geschichte des organisierten Liberalismus in Deutschland eine »Geschichte von Spaltungen« sei, ist beinahe schon ein geflügeltes Wort. Allerdings gab es auch immer wieder mehr oder weniger erfolgreiche Bemühungen um Sammlung und Vereinheitlichung. Gerade das erste Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts brachte den allmählichen Einigungsprozess der zuvor zersplitterten linksliberalen Parteien in Deutschland, der mit der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) 1910 seinen Abschluss fand.

Die Demokratische Vereinigung (DV) ist demgegenüber die Organisation derjenigen, die sich an dieser Einigung nicht beteiligen wollten, weil sie der Verlust programmatischer Identität und realpolitische Kompromisse mehr abschreckten, als dass organisatorische Stärkung und zunehmende politische Mitwirkungsmöglichkeiten sie locken konnten. Sofern es erlaubt ist, einen aktuellen Terminus auf historische Prozesse zu übertragen, kann man die Gründer der Demokratischen Vereinigung mit einem gewissen Recht als sozialliberale »Fundamentalisten« bezeichnen.

Das Zustandekommen ihrer Abspaltung ist eng verknüpft mit der Beteiligung der drei linksliberalen Parteien Freisinnige Vereinigung (FrVg), Freisinnige Volkspartei (FrVP) und (Süd-)Deutsche Volkspartei (DVP) am so genannten Bülow-Block dem seit den Reichstagswahlen von 1907 mehrheitsfähigen Bündnis aus Konservativen, National- und Linksliberalen. Um sich gegenüber den weiter rechts stehenden Block-Partnern einigermaßen behaupten zu können, bildeten die linksliberalen Parteien eine Fraktionsgemeinschaft, die unverkennbar als Vorstufe zu ihrer Fusion fungierte. Allerdings machte sich besonders in der FrVg eine Opposition gegen die Blockpolitik bemerkbar. Hauptkritikpunkt war es letztlich, dass der Block als Kampfinstrument gegen die Sozialdemokratie angesehen wurde, als deren Bündnispartner sich der sozialpolitisch orientierte Flügel der FrVg verstand.

„Unter den Bedingungen des Bülow-Blocks" erwiesen sich „Einigung des Linksliberalismus und taktische Zusammenarbeit mit der SPD" als unvereinbar.[13]

---

[13] Braumann, Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zur Reichstagswahl 1912, S. 16.

Zunächst arbeiteten die Opponenten um Theodor Barth noch intern gegen die Beteiligung ihrer Partei am Bülow-Block. Bereits auf dem Delegiertentag der FrVg im April 1907 kam es nach einem Referat Friedrich Naumanns über „die nächsten Aufgaben des entschiedenen Liberalismus" zur offenen Kontroverse um die Blockbeteiligung.[14] Zwar sah auch Naumann darin nur eine „Zwischensituation" und teilte die Auffassung, dass der „letzte große Kampf des Liberalismus ... unter allen Umständen gegen rechts gefochten werde",[15] aber es zeichnete sich ab, dass der Gegensatz zwischen „Fraktionsloyalität und Fusionskonzept" auf der einen und entschiedener Opposition „gegen eine weitere Korrumpierung der Freisinnigen Vereinigung durch die Blockpolitik" auf der anderen Seite[16] zur Spaltung führen könnte. Noch wurde der Konflikt jedoch nicht in letzter Konsequenz ausgetragen, da die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse nicht deutlich waren und auch die Opposition die Hoffnung hatte, Beschlüsse in ihrem Sinne herbeiführen zu können.

Die Schmerzgrenze, die zur Veröffentlichung abweichender Positionen[17] und schließlich zur organisatorischen Trennung führte, wurde mit der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes Anfang 1908 erreicht. Besonders umstritten war dessen § 7. In der Regierungsvorlage war die Regelung vorgesehen, dass in allen öffentlichen Versammlungen nur Deutsch als Verhandlungssprache zulässig sein sollte. Das hätte vor allem die Minderheit der Polen in ihrer politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Selbstorganisation getroffen. Die Linksliberalen, die solche Sondergesetze grundsätzlich ablehnten, konnten in den Verhandlungen noch erreichen, dass diese Regelungen für Gebiete, in denen die anderen Nationalitäten einen Bevölkerungsanteil von über 60% stellten, zunächst nicht gelten sollten. In seiner verabschiedeten Form traf der § 7 in erster Linie die Gruppe der pol-

---

[14] Zweiter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 6. und 7. April 1907. Berlin-Schöneberg (1907). Naumanns Referat: S. 46 - 60; Diskussion und Anträge: S. 66 - 77.

[15] A.a.O., S. 56 bzw. 55.

[16] Peter Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland 1860 - 1919. Baden-Baden 1983, S. 178.

[17] Kritische Stimmen von Linksliberalen zum Bülow-Block, die als Broschüren veröffentlicht wurden: Theodor Barth, Der Freisinn im Block. Ein Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte des Liberalismus. Berlin 1908. – Rudolf Breitscheid, Der Bülow-Block und der Liberalismus. München 1908.

nisch-stämmigen Arbeiter in den westdeutschen Industriegebieten.[18] Eine sensible Minderheit sah im »Sprachenparagraphen« dieses Gesetzes weiterhin einen eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der unbedingten Rechtsgleichheit. Da sie ihre Kritik am Vereinsgesetz nicht für sich behalten, andererseits der FrVg das Bild der Uneinheitlichkeit an ihrer Spitze ersparen wollten, traten Barth und Hellmut von Gerlach im Januar 1908 von ihren Ämtern im geschäftsführenden Ausschuss der Partei zurück.[19] Eine Protestresolution von etwa 50 Ortsvereinen – unter anderem auch von Hugo Preuß und Lujo Brentano unterzeichnet[20] –hatte keine Auswirkung auf die Entscheidung der Reichstagsfraktion am 8. April. Es blieb dem Delegiertentag am 21. und 22. April in Frankfurt vorbehalten, endgültig über die Haltung der Partei zum Vereinsgesetz zu entscheiden.[21]

Die Mehrheit der Delegierten vertrat dort die Ansicht, der Erhalt der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft innerhalb des Bülow-Blocks sei wichtiger als die Prinzipientreue in einer Detailfrage. Eine Minderheit drohte, die Partei zu verlassen, wenn nicht deutlich gemacht würde, dass der § 7 des neuen Vereinsgesetzes den Grundsätzen des Liberalismus widerspreche. Auf Ausgleich bedachte Delegierte unter Führung des Sozialpolitikers Potthoff (der als einer von wenigen Liberalen gegen das Gesetz gestimmt hatte) legten einen Kompromissantrag vor:

---

[18] Zur Genese des Vereinsgesetzes: Eleanor L. Turk, German liberals and the genesis of the German association law. In: In search of a liberal Germany. Studies in the history of German liberalism from 1789 to the present. Ed. by Konrad H. Jarausch and Larry Eugene Jones. New York (u.a.) 1990, S. 237 - 260.

[19] Vgl. Friedrich Naumann, Der Austritt von Dr. Barth und v. Gerlach. In: Die Hilfe 14 (1908), S. 98f.

[20] Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik, S. 179. – Brentano schrieb am 2. April 1908 an Naumann: „Ein Liberalismus aber, der sich zur Annahme solcher Gesetze versteht, hat als solcher bereits aufgehört zu existieren. Was sich liberaler Abgeordneter nennt, ist dann nichts mehr als ein Bürgerlicher, der sich danach sehnt, gleichviel unter welchen Bedingungen, zu den Regierenden zu gehören." Zitiert nach Detlef Lehnert: Lujo Brentano als politisch-ökonomischer Klassiker des modernen Sozialliberalismus', in: ders. (Hg.) Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien [u.a.] 2012, S. 111–134. Zu Brentano als Sozialpolitiker ist immer noch informativ die Dissertation von Otto Tiefelstorf, Die sozialpolitischen Vorstellungen Lujo Brentanos, Köln 1973.

[21] Protokoll der Verhandlungen in: Dritter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Frankfurt a.M. am 21. und 22. April 1908. Berlin-Schöneberg (1908), S. 23 - 72.

„Der Delegiertentag bedauert die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit zum § 7, wenn er auch die Motive, die dazu geführt haben, anerkennt.“[22]

Als auch diese verhaltene Kritik mit 315 gegen 98 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) abgelehnt wurde, erklärten 19 der anwesenden Delegierten unverzüglich ihren Austritt aus der Vereinigung.

In der Tat war die Basis für eine Parteineugründung zunächst recht schmal: unter den 19 Ausgetretenen befanden sich nur wenige, die als Leiter einer Ortsgruppe diese zum gleichen Schritt bewegen konnten. Die Dissidenten stützten sich in erster Linie auf den von Rudolf Breitscheid geführten Sozialliberalen Verein in Berlin, der per Mehrheitsbeschluss aus der FrVg ausschied. Auf diese Weise hatte sich in der Hauptstadt ein Kern von etwa 130 Personen für den Aufbau einer neuen Organisation gefunden. Die liberale Presse in Berlin griff die Barthschen Argumente teilweise bereitwillig auf und verhalf der neuen Bewegung zu überfüllten Versammlungen und überraschend vielen neuen Mitgliedern. Als der Sozialliberale Verein sich Mitte Mai als Demokratische Vereinigung neu konstituierte, gehörten ihm bereits 747 Personen an.[23]

Nachdem sich auch in anderen Städten Gleichgesinnte fanden, beschloss die DV ihre Umwandlung in eine reichsweite Partei mit einer ersten offiziellen Generalversammlung am 25. Oktober 1908. Zum Vorsitzenden wurde Rudolf Breitscheid gewählt. In der Folgezeit kam es zu einem raschen organisatorischen Ausbau. Bis 1911 soll die Mitgliederzahl auf über 11.000, verteilt auf 80 Ortsvereine, angewachsen sein.[24] Im Bund der Technisch-Industriellen Beamten und im Preußischen Landesverein für das Frauenstimmrecht unter Führung von Tony Breitscheid hatte die DV gewichtigen Einfluss; die etwa 600 weiblichen Mitglieder der Vereinigung rekrutierten sich überwiegend aus der Stimmrechtsbewegung.[25] Eine wirkliche Massenbasis blieb jedoch

---

[22] A.a.O., S. 69.

[23] Braumann, Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen 1912, S. 27.

[24] S(iegfried) Nestriepke, Was ist, was will die Demokratische Vereinigung? Berlin-Schöneberg 1911, S. 29.

[25] Braumann, Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zur Reichstagswahl 1912, S. 67f.

für die DV trotz ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber den Interessenverbänden, zu denen auch der Bund der Kaufmännischen Angestellten und der Deutsche Technikerverband gehörten, immer außerhalb des wirklich Erreichbaren.

Allerdings standen der Vereinigung relativ viele publizistische Kanäle zur Verfügung, um eine breite Öffentlichkeit anzusprechen. Während in der Anfangsphase die eher schöngeistige Wochenzeitschrift »Das Blaubuch« die Funktion eines Parteiorgans ausübte und das Wochenblatt »Der Demokrat« 1909 der DV schon wieder verloren ging, weil die Mitglieder der Redaktion austraten,[26] veröffentlichte sie ab 1910 mit dem Wochenblatt »Das freie Volk« ein eigenes Zentralorgan, das eine Auflage von etwa 15.000 Exemplaren erreichte. Dazu kamen als nahestehende Zeitungen die »Berliner Volkszeitung« mit einer Auflage von etwa 75.000, zeitweise das »Berliner Tageblatt« mit gut 200.000 und die von Hellmut von Gerlach verantwortete »Welt am Montag« mit bis zu 170.000 Exemplaren. Aber auch mit Hilfe dieser Medienpräsenz konnte die DV drei schwerwiegende Handicaps, die ihre Zukunftsperspektiven nachhaltig verdüsterten, nicht wettmachen:

- Im Juni 1909 starb knapp 60jährig ihr »geistiger Vater« Theodor Barth, der zwar nicht als Parteivorsitzender fungierte, aber doch ihre bekannteste Persönlichkeit darstellte.[27]

- Im gleichen Jahr kam es zum Zerfall des Bülow-Blocks, aus dessen Kritik sich die Existenzberechtigung der DV in erster Linie hergeleitet hatte.

- 1910 schlossen sich alle anderen linksliberalen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammen. Diese aber sollte sich bald für die SPD als wesentlich interessanterer Bündnispartner erweisen als die kleine DV, die ihren Platz zwischen diesen beiden Parteien nur noch schwer definieren und behaupten konnte.

Die separate Existenz der DV zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie ließ sich höchstens über einige programmatische Nuancen begründen. Dabei stand im Vordergrund das entschlossenere Eintreten für Demokratisierung, neben dem Eintreten für das Frauenstimmrecht vor allem augenfällig in der

---

[26] A.a.O., S. 38.

[27] Zu Theodor Barth: Carlheinz Graeter, Theodor Barths politische Gedankenwelt. Ein Beitrag zur Geschichte des entschiedenen Liberalismus. Diss. Würzburg 1963. – Konstanze Wegner, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland 1893 - 1910. Tübingen 1968.

konsequenten Ablehnung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Bei der bis dahin größten Wahlrechtsdemonstration am 10. April 1910 mit rund 250.000 Teilnehmern in Berlin trat die DV neben der SPD als Veranstalterin auf.[28] Allerdings konnte sie sich auf Grund heterogener Vorstellungen ihrer Mitgliedschaft zu keiner deutlichen Stellungnahme in der Frage Monarchie oder Republik durchringen. Dafür zeichnete sich ihre Programmatik gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien durch eine stärkere sozialpolitische und pazifistische Orientierung aus. [29]

Programm der Demokratischen Vereinigung

1. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht aller Großjährigen für alle Vertretungskörper unter Zugrundelegung der Verhältniswahl. Einteilung der Wahlkreis lediglich nach der zuletzt festgestellten Bevölkerungsziffer. Sämtliche Wahlen haben an einem gesetzlichen Feiertag stattzufinden. Kurze Legislaturperioden. In entscheidenden Fragen Volksabstimmung. Beseitigung der ersten Kammern und aller sonstigen auf Geburt oder anderen Vorrechten und Ernennung beruhenden gesetzgebenden Körperschaften. Volle Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit.
2. Ausnahmegesetze und Ausnahmemaßregeln der Verwaltung sind grundsätzlich zu verwerfen. Volle Selbstverwaltung für die Gemeinden. Beseitigung des Bestätigungsrechts.
3. Rechtsgleichheit, Sozialisierung des Rechtes. Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an der Rechtsprechung unter Gewährung von Diäten. Verweisung der Verwaltungsstreitigkeiten an die ordentlichen Gerichte. Abschaffung der Ehrengerichte. Die Ausweisung von Ausländern darf nur auf richterliches Urteil erfolgen. Der Eid ist von seiner religiösen Form zu befreien. Abschaffung der Todesstrafe.
4. Die Bedürfnisse der öffentlichen Körperschaften sind in erster Linie durch pro-

---

[28] Vgl. dazu: Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster »friedliche Straßendemonstration« im preußischen Wahlrechtskampf 1908 - 1910. Tübingen 1986, S. 35 - 56.

[29] Karl Holl bewertet ihre Gründung als Versuch, „noch einmal die bürgerlich demokratischen Kräfte für eine Politik der entschiedenen inneren Reformen und für eine auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichtete Politik zu sammeln. Unter den bürgerlichen Parteiprogrammen der Zeit gab es keines, das so präzise Forderungen des Antimilitarismus und des Pazifismus aussprach…" (Holl, Krieg und Frieden und die liberalen Parteien. In: Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien Deutschland 1890 - 1914. Göttingen 1975, S. 79)

gressive direkte Steuern aufzubringen. Die Steuern und Zölle auf die Lebensnotwendigkeiten müssen beseitigt werden.

5. Freihandel als Mittel zur Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes, zur Vermehrung der Produktion du zur Hebung des Güteraustausches. Verteidigung der Gewerbefreiheit gegenüber den Versuchen, technisch Fortschritte im Interesse zünftlerischer Bestrebungen hintan zu halten oder durch Ringbildung Privatmonopole zum Schaden der Allgemeinheit zu schaffen. Verstaatlichung oder Kommunalisierung da, wo der Privatbetrieb den Interessen der Allgemeinheit zuwider läuft. Förderung des Genossenschaftswesens, Bodenreform.
6. Fortentwickelung unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, Arbeit in jeder Gestalt einen immer höheren Anteil an dem Produktionsertrage zu sichern. Sozialreform, um das Recht der Persönlichkeit im Wirtschaftsbetriebe zu wahren. Koalitionsfreiheit. Anerkennung und Förderung der Berufsvereine. Einheitliches Arbeitsrecht. Konstitutionelles Arbeitssystem. Sicherung der Freizügigkeit. Gesetzlicher Höchstarbeitstag. Wirksamer Arbeiterschutz. Unentgeltlicher, paritätischer Arbeitsnachweis. Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der Gesindeordnung. Schutz der Heimarbeiter. Zweckmäßige, auf Selbstverwaltung beruhende Versicherungsgesetzgebung. Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung. Die Sozialpolitik muß danach streben, jedem Staatsangehörigen ein Existenzminimum zu sichern.
7. Änderung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft durch innere Kolonisation. Zerschlagung der Großgüter, Vermehrung des kleinbäuerlichen Besitzes, Aufhebung der Fideikommisse. Koalitionsfreiheit der Landarbeiter. Ausgleich der Kultur zwischen Stadt und Land.
8. Die Beamten sind nur auf die Verfassung zu vereidigen. Sicherung der Beamten gegen Maßregelungen wegen außeramtlicher Betätigung. Verbesserung der Disziplinargesetze durch ihre Anlehnung an das gemeine Recht. Einheitliches Beamtenrecht für das ganze Reich.
9. Das Heer ist zu einem Volksheer umzugestalten und nur auf die Verfassung zu vereidigen. Die Dienstzeit, für alle gleich, ist auf das für die kriegsmäßige Ausbildung erforderliche Maß herabzusetzen. Die Militärgerichtsbarkeit darf nur für Dienstvergehen bestehen bleiben und ist nach dem Muster der Zivilgerichtsbarkeit zu gestalten. Vergehen gegen Untergebene sind ebenso streng zu bestrafen wie Vergehen gegen Vorgesetzte.
10. Trennung der Kirche vom Staat. Die religiösen Gemeinschaften haben uneingeschränkte Selbstverwaltung und unterstehen dem allgemeinen Vereinsrechte. Alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke haben fortzufallen.
11. Einheitlicher Aufbau der Schule bis zur Hochschule. Obligatorischer Besuch der

Volksschule. Einheitlicher Unterricht und Pflichtfortbildungsschule für beide Geschlechter. Unentgeltlichkeit jedes öffentlichen Unterrichts und aller Lernmittel. Allen Befähigten, und nur den Befähigten, ist der Besuch der höheren Lehranstalten zu ermöglichen. Der Religionsunterricht ist Privatsache. Die Schulgesetzgebung ist Reichssache.

12. Die auswärtige Politik des Reiches hat dem Frieden und der Kulturentwickelung zu dienen. Minderung der Rüstungen im Wege internationaler Vereinbarungen. Beilegung internationaler Streitfragen durch Schiedsgerichte. Angriffskriege dürfen nur mit Zustimmung des Reichstages beschlossen werden.

(Quelle: S. Nestriepke, Was ist, was will die Demokratische Vereinigung? Berlin-Schöneberg 1911, S. 6 - 21)

Eine größere Zahl von Wählern sprach die Partei damit allerdings nicht an. Einzelne Mandate konnte sie nur auf kommunaler Ebene erringen. Bei den preußischen Landtagswahlen 1908 blieb die DV ebenso erfolglos wie ihr Vorsitzender Breitscheid bei einer Reichstagsersatzwahl 1911 im Wahlkreis Düsseldorf. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 erreichte sie mit gut 29.000 Stimmen nur einen Anteil von 0,2%. Zwar ist der Aussagewert der Prozentzahl begrenzt, da die DV nur in einem Bruchteil der Wahlkreise antrat; aber trotz der Konzentration ihrer bescheidenen Kräfte konnte sie keinen einzigen ihrer Kandidaten durchbringen.[30] Eine realistische Chance ein Mandat zu bekommen hatte die DV nur im Wahlkreis Kassel 5 (Marburg-Frankenberg), wo Hellmut von Gerlach bereits zum vierten Mal in Folge kandidierte und wo er 1903 den einzigen Reichstagssitz des Nationalsozialen Vereins errungen hatte. Im ersten Wahlgang hatte er diesmal sogar mit 31,6 % den höchsten Stimmenanteil auf sich vereinigen können, unterlag jedoch in der Stichwahl dem antisemitischen Gegenkandidaten, weil er seinen Anteil nur auf 42,3% steigern konnte. Entgegen seinen eigenen Erwartungen stimmten sowohl die Nationalliberalen als auch die Zentrumswähler nahezu geschlossen für seinen Konkurrenten anstatt sich wie von ihm erhofft zu enthalten. Während er sich in der Stadt Marburg deutlich durchsetzen konnte, verlor er die Wahl auf dem Land, wo er auch massive Behinde-

[30] Eine Übersicht über die Kandidaten der DV zur Reichstagswahl 1912 und ihre Wahlkreis-Ergebnisse findet sich bei Braumann, Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen 1912, S. 79.

rungen bei der Agitation erfuhr.[31] In absoluten Zahlen erzielte das beste Ergebnis für die DV E.R. Schubert, der Verbandsdirektor des Deutschen Techniker-Verbandes und Chefredakteur der »Deutschen Techniker-Zeitung«. Die für ihn abgegebenen 9.835 Stimmen entsprachen im übergroßen Wahlkreis Potsdam 10 jedoch nur einem Anteil von 3,5%.

Die DV blieb damit von parlamentarischer Repräsentanz ausgeschlossen. Ihr Vorsitzender, Rudolf Breitscheid, nahm das Wahlergebnis zum Anlass, das Experiment der Parteigründung als gescheitert zu erklären und zur SPD überzutreten.[32] Rückblickend resümierte er 1934: „Es stellte sich als unmöglich heraus, zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus eine Organisation, die den Namen einer Partei verdiente, auf die Beine zu bringen.“[33]

Zahlreiche Mitglieder folgten ihm, machten sich wie Siegfried Aufhäuser oder der erst 1914 ausgetretene Hugo Sinzheimer als sozialdemokratische Politiker einen Namen.[34]

Gerlach, der bereits mehrere Parteiaustritte hinter sich hatte, zeigte in dieser Situation Beharrlichkeit und führte die DV als Vorsitzender weiter, bis im August 1914 der Ausbruch des Ersten Weltkrieges die politische Arbeit der

---

[31] Vgl. Gerlachs Bericht über seinen Wahlkampf in: Der vierte Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Nürnberg am 26. bis 28. Mai 1912. Berlin-Schöneberg 1912, S. 45: „Es war für mich unmöglich, an die Leute heranzukommen. Zwischen Haupt- und Stichwahl wollte ich vor allem in den katholischen Orten reden. Jeder Wirt erklärte: Bei mir wird jeden Abend Theater gespielt; mit einem Male wurde in den oberhessischen Dörfern entweder geprobt oder Theater gespielt (…)”

[32] Zu Rudolf Breitscheids weiterem Weg u.a.: Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874 - 1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte. Diss. Köln 1970. – Detlef Lehnert, Rudolf Breitscheid (1874 - 1944). Vom linksbürgerlichen Publizisten zum sozialdemokratischen Parlamentarier. In: Vor dem Vergessen bewahren. Berlin 1988, S. 38 - 56.

[33] Vgl. Rainer Behring, Rudolf Breitscheid (1874–1944), liberaler Sozialreformer – verbalradikaler Sozialist – sozialdemokratischer Parlamentarier, in: Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890 -1933. Köln / Wien 2015, S. 93 - 124, Zitat auf S. 100.

[34] Vgl. zu diesen Gunter Lange, Siegfried Aufhäuser (1884–1969). Politische Wanderjahre eines Angestelltengewerkschafters, in: Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1933. Köln / Wien 2015, S. 125 - 144, und Christoph Müller, Hugo Sinzheimer (1875–1945), Selbstorganisation und Selbstverwaltung im Arbeitsrecht, a.a.O., S. 145 - 174. Detlef Lehnert, der Herausgeber dieses Sammelbandes, liefert mit dem Abschnitt „Das Rekrutierungspotenzial für SPD und USPD aus der Demokratischen Vereinigung (1908–1918)“ auf den Seiten 19 bis 26 geradezu ein „Who is who?“ der Parteiwechsler.

Vereinigung praktisch zum Erliegen brachte.[35] Im November 1918 gehörte er zum Berliner Gründerkreis der Deutschen Demokratischen Partei, in die er die Reste der DV mit einbrachte.

---

[35] Nach Gerlachs Bekunden erlag auch ein großer Teil der Demokratischen Vereinigung 1914 der „Kriegspsychose" und wollte ihn als Vorsitzenden eine Erklärung unterzeichnen lassen, in der von „dem uns aufgezwungenen Kriege" die Rede war. (Gerlach: Von rechts nach links. Frankfurt a.M. 1987, S. 218)

Biographischer Exkurs 1: Hellmut von Gerlach (1866 - 1935)

Hellmut von Gerlach entzieht sich dem schnellen Zugriff. Die Kreise, in denen er verkehrte, reichten vom ostelbischen Junkertum bis zur Volksfront im Pariser Exil. Auf seinem Weg „von rechts nach links“[36] machte er Station bei zahlreichen Parteien: den anti-semitisch orientierten Christlich-Sozialen Adolf Stöckers (1885 - 1896), Friedrich Naumanns Nationalsozialem Verein (1896 - 1903), der Freisinnigen Vereinigung (1903 - 1908), der von ihm mit gegründeten und seit 1912 auch geleiteten Demokratischen Vereinigung (1908 - 1918), der Deutschen Demokratischen Partei (1918 - 1922) und schließlich, nach einigen Jahren parteipolitischer Enthaltsamkeit, bei der Radikaldemokratischen Partei (1930 - 1933). Von 1903 bis 1907 gehörte er dem Deutschen Reichstag an, nach der November-Revolution bekleidete er für wenige Monate das Amt eines Unterstaatssekretärs im Preußischen Innenministerium.



Obwohl seine juristische Ausbildung zunächst auf eine höhere Verwaltungslaufbahn im Preußischen Staatsdienst zielte, wurde sein eigentlicher Beruf der eines Journalisten. Er gab nicht nur über Jahrzehnte als Chefredakteur der »Welt am Montag« ihr Profil, sondern trat auch als Verleger auf (»Hessische Landeszeitung«) und als zeitweiliger Mitarbeiter an anderen Blättern, darunter auch die »Weltbühne«, in deren Redaktion er 1932 einige Monate lang den inhaftierten Carl von Ossietzky vertrat.

Die wohl nachhaltigste Wirkung hatte jedoch sein pazifistisches Engagement, das eigentlich erst mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs einsetzte, als er dem Bund Neues Vaterland beitrat. Er bekleidete wichtige Ämter in der aus diesem hervor gegangenen Deutschen Liga für Menschenrechte, in

[36] So der Titel seines erstmals 1937 in Zürich veröffentlichten autobiographischen Rückblicks, der ungekürzt 1987 als Fischer-Taschenbuch in der Reihe »Verboten und verbrannt / Exil« neu aufgelegt wurde.

der Deutschen Friedensgesellschaft und im Internationalen Friedensbureau. Eins seiner Hauptanliegen war die Aussöhnung mit Frankreich, was ihm nicht nur internationale Anerkennung, sondern auch nationalistisch motivierte Anfeindungen einbrachte. Diese reichten von der Beschimpfung als »Vaterlandsverräter« bis zur späteren Ausbürgerung durch das Nazi-Regime. Nach seiner Flucht aus Deutschland im März 1933 setzte er seine antifaschistische Publizistik in Organen wie der »Neuen Weltbühne« oder dem »Pariser Tageblatt« fort. Gerlach, der schon 1918 wenig Berührungsängste in Hinblick auf die USPD hatte (ohne sich jedoch jemals den eigenen Übertritt zur Sozialdemokratie vorstellen zu können), signalisierte im Pariser Exil Bereitschaft zur Mitarbeit in der Volksfront und warnte gleichzeitig angesichts der massiven deutschen Aufrüstung vor allzu arglos pazifistischer Gesinnung im Ausland.[37] Sein Tod am 1. August 1935 ließ ihm allerdings keine Gelegenheit mehr, diese neuen Ansätze zu entfalten, auch den Erfolg der von ihm tatkräftig unterstützten Nobelpreis-Kampagne für Carl von Ossietzky hat er nicht mehr erlebt.

Gerlach, der sich bis zuletzt als lernfähig erwies und gleichzeitig konsequent seinen für richtig befundenen Weg weiter ging und dabei auch immer wieder die Trennung von einstigen Gefährten in Kauf nahm, geriet nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in Vergessenheit. Radikale Demokraten, die notfalls zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit waren, hatten in der Zeit des Kalten Krieges in der Bundesrepublik schlechte Karten. Es blieb der DDR-Geschichtsschreibung vorbehalten, seine erste Biographie vorzulegen, die ihn als einen »Aufrechten« würdigte.[38]

[37] Hellmut von Gerlach, Friedensgefährdender Pazifismus. In: Die neue Weltbühne 31 (1935), S. 1061 - 1064.

[38] Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs. – Zu seiner »späten Heimkehr« in die Bundesrepublik vgl. meine Sammelbesprechung unter dem gleichen Titel in: liberal 31 (1991), H. 1, S. 102 - 104 zu: Ursula S. Gilbert, Hellmut von Gerlach (1866-1935). Stationen eines deutschen Liberalen vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«. Frankfurt a.M. (u.a.) 1984. (= Diss. Freiburg i.Br. 1980) und: Franz G. Schulte, Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935). Welt und Werk eines Demokraten und Pazifisten. München (u.a.) 1988 (= Diss. Münster 1987).

Die Radikaldemokratische Partei (1930 - 1933)

Allerdings fanden Gerlach und seine Getreuen sich bald am linken Flügel der neuen Partei wieder. Nachdem der intellektuelle Berliner Gründerkreis der DDP seine bestimmende Rolle bald wieder eingebüßt hatte, setzte sich eine eher mittlere Linie durch, die sich wirtschaftspolitisch an den Interessen des Mittelstandes orientierte und außenpolitisch sowohl die Friedensbedingungen von Versailles wie den Revanchismus nationalistischer Kräfte ablehnte und einer Position zuneigte, die sich als „demokratischer Nationalismus" charakterisieren ließ.[39] Einerseits standen programmatische Aussagen der DDP wie ihr Bekenntnis zum Völkerbund und zur internationalen Verständigung durchaus im Einklang mit den Zielen des organisatorischen Pazifismus, andererseits fehlte der breiten Mehrheit der Parteimitglieder jegliches Verständnis für konsequent antimilitaristische Positionen. Schließlich stellte die Partei mit Otto Geßler über lange Jahre den Reichswehrminister, der sich allerdings mit seiner Tendenz, die Armee politischer Kontrolle zu entziehen, allmählich von ihr entfremdete.[40] Diese und andere Entwicklungen brachten den Radikaldemokraten und Pazifisten Gerlach bereits Anfang 1922 zum Austritt aus der DDP, den er in folgender Weise begründete:

> „Mit großer Freude habe ich gleich nach der Revolution an der Begründung der Deutschen Demokratischen Partei teilgenommen und ihren Gründungsaufruf unterschrieben, wie ich ihn auch heute noch Wort für Wort billige. Aber die Entwicklung der Demokratischen Partei hat in jeder Beziehung meine Erwartungen enttäuscht. Weder in Bezug auf Pazifismus noch auf Sozial- oder Steuer-Politik noch auch nur auf die Vertretung des demokratisch-republikanischen Standpunkts [...] hat sie meines Erachtens die Pflichten erfüllt, die einer radikal-bürgerlichen Partei oblagen. Die Intoleranz der Partei gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihr Liebeswerben um die Deutsche Volkspartei schienen mir gleich charakteris-

---

[39] Dazu Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein!" Demokratischer Nationalismus am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.

[40] Zu Geßler liegt inzwischen eine eingehende Darstellung vor: Heiner Möllers, Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu »unpolitischer« Militärpolitik in der Weimarer Republik. Frankfurt a.M. [u.a.] 1998

tisch dafür, wie die Deutsche Demokratische Partei steht, und wie eine Partei der äußersten bürgerlichen Linken nicht stehen sollte.“[41]

1930 bot sich für den linken Flügel der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Anlass, wieder eine eigene Organisation ins Leben zu rufen. Dieser bestand in der Gründung der Deutschen Staatspartei (DStP), jenes höchst ambivalenten Wahlbündnisses, das die DDP mit dem Jungdeutschen Orden (Jungdo) einging, um ihren Niedergang vor der Reichstagsneuwahl im September des Jahres zu aufzuhalten.[42]

---

[41] Hellmut von Gerlach, Mein Austritt aus der Demokratischen Partei. In: Die Welt am Montag, 13.2.1922, S. 2.

An dieser Stelle kann ich mir eine gewisse Kollegenschelte nicht verkneifen und möchte einen Appell für sauberes philologisches Vorgehen damit verbinden. Gerlachs Begründung seines Parteiaustritts ist natürlich ein wichtiges Dokument und wird von seinen Biographen gern zitiert. Das Original befindet sich als Brief vom 3. Februar 1922 an Georg Gothein, der ihm den Austritt zuvor vertraulich nahe gelegt hatte, heute im Bundesarchiv im Nachlass Gothein. Ich habe für die vorliegende Darstellung selbst keine Archivalien in Augenschein genommen und zitiere nur aus gedruckten Quellen bzw. in seltenen Fällen aus mir zur Verfügung gestellten Kopien von Archivmaterial. Beim Zitieren von Gerlachs Austrittsschreiben aus der Sekundärliteratur stellte ich zu meiner Irritation fest, dass meine beiden Vorlagen (Holl/Wild, Einleitung zu: Ein Demokrat kommentiert Weimar, S. 25f. und Gilbert, Hellmut von Gerlach, S. 114f.) an mehreren Stellen von einander abwichen. Glücklicher Weise hat Gerlach seinen Brief zehn Tage später in weiten Teilen in der »Welt am Montag« veröffentlicht und das Institut für Zeitungsforschung in Dortmund hat mir 1989 einen winzigen Mikrofiche mit der fraglichen Seite zur Verfügung gestellt. Es wird also hier nach der zeitgenössischen Veröffentlichung und nicht nach der leichter zugänglichen Sekundärliteratur zitiert – immerhin macht es doch inhaltlich einen Unterschied, ob Gerlach an dieser Stelle die Intoleranz der DDP gegenüber der USPD (wie im Original) oder gegenüber der Sozialdemokratie an sich (wie bei Gilbert zu lesen) kritisiert!

[42] Die Staatspartei als »Wurmfortsatz« der DDP ist immer etwas stiefmütterlich behandelt worden. Aus heutiger Sicht recht blass bleibt die Dissertation von Karl-Hermann Beeck, Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus. Köln 1957. - Einen Versuch, die Gründung der Staatspartei und der Radikaldemokratischen Partei als gleichwertige Alternativen zu betrachten, habe ich selbst unternommen: Burkhard Gutleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre. In: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 17 (1988), S. 259 - 284. – Eine Darstellung aus jungdeutscher Perspektive: Alexander Kessler, Der Jungdeutsche Orden auf dem Wege zur Deutschen Staatspartei. München 1980. – Mit Hauptaugenmerk auf die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler in der DVP wird die Vorgeschichte der Parteigründung analysiert von Larry Eugene Jones, Liberalism and the challenge of the

Es waren vor allem die Pazifisten in der DDP, die das Zusammengehen ihrer Partei mit dem paramilitärisch ausgerichteten Jungdo ablehnten. Dabei waren es bereits länger schwelende Konflikte, die im Sommer 1930 zum offenen Austrag kamen. Die Position der Pazifisten in der Partei war im Grunde bereits in der ersten Hälfte der 20er Jahre problematisch geworden.[43] Die Frage der deutschen Aufrüstung, speziell die des »Panzerkreuzer A« hatte 1928 zu tief greifenden Zerwürfnissen im Jugendverband der DDP geführt.[44]

Allerdings griffe es zu kurz, die Kritiker der Staatspartei allein als pazifistisch orientiert zu bezeichnen. Es war auch der Eindruck im Spiel, dass die DDP dem Bündnis zuliebe von der Treue zu den Idealen der Demokratie und Republik abrücke (was sich auch im Namen der neuen Partei andeutete); zugleich fühlten sich jüdische Mitglieder durch die antisemitische Orientierung des Jungdo verunsichert.

Doch nicht alle innerparteilichen Kritiker der Staatspartei-Gründung sammelten sich in der Vereinigung Unabhängiger Demokraten um den Friedens-Nobelpreisträger Ludwig Quidde.[45] Viele, die zwar die Art kritisierten, wie die DStP zu Stande kam, verbanden letztlich mit ihr die Hoffnung auf eine Erneuerung der politischen Mitte und zogen einen Parteiaustritt nicht in Betracht. Auch die Unabhängigen Demokraten dachten zunächst – in realisti-

---

younger generation: the young liberal struggle for a reform of the Weimar party system. In: Politische Jugend in der Weimarer Republik. Bochum 1993, S. 106 - 128.

[43] Zur Situation der Pazifisten in der DDP: Karl Holl, Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus. Zur Rolle der Pazifisten in der Deutschen Demokratischen Partei. In: Imperialismus im 20. Jahrhundert. München 1976, S. 171 - 195.

[44] Als Quelle für die interne Auseinandersetzung der Jungdemokraten empfiehlt sich die Lektüre der Jahrgänge 1928 bis 1930 der beiden konkurrierenden Organe Herold der deutschen Jungdemokratie (Berlin, Vorstandslinie) und Echo der jungen Demokratie (Nürnberg, Opposition). – Vgl. die Darstellung bei Ludger Grevelhörster, Organisatorische Entwicklung und Flügelkämpfe in der Demokratischen Jugend von 1919 bis zu ihrem Auseinanderbrechen 1930. In: Politische Jugend in der Weimarer Republik. Bochum 1993, S. 87 - 105. – In einem größeren Zusammenhang behandelte das Problem zuletzt: Larry E. Jones, German liberalism and the alienation of the younger generation in the Weimar Republic. In: In search of a liberal Germany, a.a.O. (Anm. 18), S. 287 - 321.

[45] Eine vollständige Biographie Ludwig Quiddes liegt erst seit Karl Holls Monographie aus dem Jahr 2007 vor. Zuvor erschienen: Utz-Friedebert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland. Kallmünz 1963. – Brigitte M. Goldstein, Ludwig Quidde and the struggle for democratic pacifism in Germany. Diss. New York 1984.

scher Einschätzung ihrer Möglichkeiten – nicht an die Gründung einer eigenen Partei oder eine Kandidatur zur Reichstagswahl, vielmehr riefen sie zur Wahl der SPD auf.[46] Der DStP wurde eine deutliche Absage erteilt. Der engagierte Pazifist und Jurist Hermann Kantorowicz brachte das auf die knappe Formel:

> „Wer für die Staatspartei stimmt, stimmt ohne es zu ahnen für den Krieg."[47]

Unterstützung erhielten die Unabhängigen Demokraten vom linken Flügel der Jungdemokraten. Otto Stündt aus Nürnberg öffnete das von ihm herausgegebene »Echo der jungen Demokratie« der VUD und fungierte als Reichsgeschäftsführer der Vereinigung.[48] Einzelne Vertreter des entschiedenen Pazifismus, die sich wie Hellmut von Gerlach bereits von der DDP abgewandt hatten, stiegen bei den Dissidenten wieder ein, darunter Paul Freiherr von Schoenaich, seit 1929 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, und der Radikalpazifist Erich Lüth, der erst im Frühjahr von den Jungdemokraten ausgeschlossen worden war. Andere namhafte Personen aus den Reihen der DDP waren u.a. Georg Bernhard, der langjährige Chefredakteur der »Vossischen Zeitung« und Johannes Leonhart aus Kiel, der von 1903 bis 1912 für die Freisinnige Volkspartei dem Reichstag angehört hatte.

Einen weiteren Grundstock für die reichsweite Organisation der VUD stellten die im Frühjahr 1930 von Dortmund ausgehend entstandenen Radikaldemokratischen Vereinigungen im Ruhrgebiet dar, die sich als Gegenpol zu den Bürgerblock-Bündnissen auf kommunaler Ebene gebildet hatten und durch den auflagenstarken Dortmunder »General-Anzeiger«[49] publizistische Rückendeckung erhielten, da der für das Ressort Politik verantwortliche Redakteur Jakob Stöcker – selbst ehemaliges Mitglied der DDP – deutliche Sympathien für die linksliberal-radikaldemokratische Orientierung hegte.[50]

---

[46] Wahlparole der unabhängigen Demokraten. In: Die Welt am Montag, 25.8.1930.

[47] Hermann Kantorowicz, Staatspartei und Pazifismus. In: Echo der jungen Demokratie 12 (1920), S. 126.

[48] Otto Stündt, Der alten Fahne treu! Von Gründung, Zweck und Ziel der Vereinigung Unabhängiger Demokraten. In: Echo der jungen Demokratie 12 (1930), S. 111 - 117.

[49] Der »General-Anzeiger für Dortmund und das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet« war immerhin die auflagenstärkste Tageszeitung außerhalb Berlins.

[50] Dazu: Kurt Koszyk, Jakob Stöcker und der Dortmunder »General-Anzeiger«. In: Publizistik 8 (1963), S. 282 - 295.

Erst nachdem die DDP-Führung trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses und des Auseinanderbrechens des Bündnisses mit dem Jungdo am Projekt Deutsche Staatspartei festhielt und am 8. November 1930 die eigene Partei förmlich auflösen ließ, um die DStP an ihre Stelle zu setzen, fanden sich die Unabhängigen Demokraten, die diesen Schritt nicht mit vollziehen konnten, als Parteilose wieder und gründeten ihrerseits am 30. November1930 in Kassel die Radikaldemokratische Partei (RDP). Immerhin zeigt das Abstimmungsergebnis von 46 zu 26 für die Parteigründung[51], dass es weiterhin skeptische Kräfte gab. Zum Parteivorsitzenden wurde der Berliner Rechtsanwalt Willy Braubach gewählt, nachdem Ludwig Quidde das ihm zugedachte Amt mit dem Hinweis auf sein Alter abgelehnt hatte. Er wird dabei aber auch von seinen Bedenken gegen die Gründung einer neuen Partei geleitet worden sein.[52]

Gründungsaufruf der Radikaldemokratischen Partei

Volksgenossen!

Es hat in Deutschland noch keine wahre Demokratie gegeben. Deshalb ist es unwahr, daß die Demokratie versagt hat. Der gegenwärtige Parlamentarismus ist ein Zerrbild des Gedankens der Demokratie. Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung unterbinden Plutokratie und Nationalismus den Aufstieg zum sozialen Volksstaat; sie zerstören den inneren und äußeren Frieden. Die politische Unzuverlässigkeit und Lauheit der Mitte vernichten das Ansehen der Republik. Das deutsche Volk will keine schwankenden Gestalten. Demokratie erfordert politische Führer, die den Willen zur Macht und den Mut zur Tat haben. Aus dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit der Radikaldemokratischen Partei.

Die Radikaldemokratische Partei kämpft für eine gerechte Wirtschaftsordnung gegen die monopolistische Ausbeutung, die Großkapital und Großgrundbesitz durch Zölle, Subventionen und Kartelle üben.

Darum verwerfen wir das System der landwirtschaftlichen Hochschutzzölle und Subventionen, das die Nahrungsmittel der breiten Massen verteuert und die rück-

---

[51] Fritsch, Radikal-Demokratische Partei, S. 610.

[52] Vgl. dazu: Ludwig Quidde, Radikaldemokratische Partei. In: Die Weltbühne 27 (1931), 1. Halbjahr, S. 50 - 53.

ständigen Produktionsmethoden des Großgrundbesitzes zum Schaden der Gesamtwirtschaft verewigt.

Die Arbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen durch Verkürzung der Arbeitszeit, schärfste Kontrolle der Monopole, Bauern-Siedlung, besonders im Osten, und durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen. Wir bekämpfen die kulturelle Reaktion, wir bekämpfen jeden Militarismus; wir verlangen eine wirksame Herabsetzung des Wehretats. Wir kämpfen für die radikale Abrüstung der Welt und gegen jede Konzession an den Nationalismus in der deutschen Außenpolitik. Die Radikaldemokratische Partei ruft alle verantwortungsbewußten Republikaner auf zum Kampfe für den sozialen Volksstaat und den Frieden. **Die neue Linke greift an!**

(Quelle: Echo der jungen Demokratie 12 [1930], S. 160)

Die RDP verstand sich als linke republikanische Partei; nach heutigem Verständnis war ihre Programmatik in weiten Teilen »sozialliberal«, in etwas gemäßigteren Tönen als in ihrem Gründungsaufruf forderte sie in der Broschüre »Radikale Demokratie« beispielsweise eine „sozial-gebundene Wirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage".[53] Mit einigem Recht ließ sie sich als erste weitgehend pazifistisch ausgerichtete Partei klassifizieren.[54]

Allerdings formierten sich die linksliberalen Pazifisten zu einem doppelt ungünstigen Zeitpunkt: in den krisenhaften Jahren um 1930 verlor der Liberalismus einen Großteil seiner sozialen Basis, gleichzeitig stand es um den organisierten Weimarer Pazifismus auch nicht mehr zum Besten.[55] 1929 war das von Quidde geleitete Deutsche Friedenskartell als Dachorganisation auseinander gebrochen, im gleichen Jahr wurde in der größten pazifistischen Einzelorganisation, der Deutschen Friedensgesellschaft, die gemäßigtere Gruppierung um Quidde und Gerlach endgültig von der Führung

---

[53] Radikale Demokratie! Hrsg. von der Radikaldemokratischen Partei, Reichsgeschäftsstelle. Berlin [1931]. Das anschließende Zitat findet sich dort auf S. 8.

[54] Als Programm der Radikaldemokratischen Partei ließ sich ein undatiertes und unpaginiertes Typoskript von acht Blatt Umfang ermitteln. Ein Exemplar befindet sich im Gewerkschafts-, Parteien- und Parlamentsarchiv der TH Darmstadt, das so freundlich war, mir eine Kopie zur Verfügung zu stellen.

[55] Dazu: Burkhard Gutleben, Das Dilemma der linksliberalen Pazifisten in der ausgehenden Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 897 - 911.

verdrängt. Somit konnte die RDP weder aus dem liberalen noch aus dem pazifistischen Lager mit allzu viel Rückhalt rechnen.[56]

Wenn die RDP sich als „in Entscheidendem links von der SPD"[57] verortete, konnte sich das im Grunde nur auf den konsequenteren Pazifismus beziehen, da sie sich ihr Wählerpotential in dem Spektrum zwischen bürgerlicher Mitte und Sozialdemokratie erhoffte. Die Phase nach dem Bruch der letzten großen Koalition erschien den Radikaldemokraten als im Grunde günstiger Zeitpunkt. Der dem linken Flügel der Jungdemokraten angehörende Werner Burmeister hatte diese Erwartung bereits kurz nach dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller im Verbandsorgan formuliert:

> „Schon jetzt hat es den Anschein, daß die Sozialdemokratie, um der inneren Spannung abzuhelfen, wieder etwas »röter« werden will. Dabei würden sich notgedrungen viele Wähler von ihr trennen müssen, die eigentlich niemals in dieses Lager gehört hätten. Diese Menschen sind der SPD durch das Versagen der bürgerlichen republikanischen Parteien, vor allem der Demokraten, förmlich in die Arme getrieben worden, sie wählten in ihr – ohne mit Sozialismus oder gar Marxismus das Geringste zu tun zu haben – die größte republikanische Linkspartei. Dieser Augenblick der notwendigen Trennung und reinlichen Scheidung könnte für eine wirklich entschieden republikanische und soziale bürgerliche Partei der Beginn eines großen Aufschwungs sein."[58]

Trotz allen Vorbehalten und aller Kritik war allerdings die SPD die Partei, mit der die Radikaldemokraten am ehesten kooperierten, zumal sie mit fortschreitender Zeit immer deutlicher als „einzige einflußreiche große republi-

---

[56] Größere Arbeiten zum Weimarer Pazifismus: Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892 - 1933). Organisation. Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. 2. korr. Aufl., Frankfurt a.M. 1983. (= Diss. Bochum 1974). – Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation. Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik. Köln 1982. (= Diss. Kassel 1981).

[57] Vgl. Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932, S. 52. – Zur Problematik einer demokratischen Position links von der SPD vgl. auch: Ludwig Quidde, Links von der Sozialdemokratie? In: General-Anzeiger für Dortmund und das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet, 9.4.1931.

[58] Werner Burmeister, Frontenverschiebung! In: Herold der deutschen Jungdemokratie 11 (1930), S. 22.

kanische Partei"[59] übrig blieb. Neben diversen Wahlaufrufen zu Gunsten der Sozialdemokraten und dem wiederholten Eingehen von Listenverbindungen zeugt dafür auch die loyale Beteiligung der RDP an der Eisernen Front, jener Nachfolgerorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die ansonsten von allen nicht-sozialdemokratischen Gruppen eine „Abfuhr" erhielt.[60]

Hätte die RDP tatsächlich »links von der SPD« gestanden, wäre die Frage einer Zusammenarbeit mit der KPD gewiss interessant gewesen. Da diese aber dem bürgerlichen Pazifismus eher skeptisch gegenüberstand, boten sich in dieser Richtung wenig Berührungspunkte. Schon beim Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau 1929 hatte sich die Kooperation linksliberaler Pazifisten mit den Kommunisten auf ein Minimum beschränkt.[61] Zu Irritationen kam es in der RDP allerdings im Frühjahr 1932 im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl, als die Mehrheit bereit war, Hindenburg als Kandidaten der republikanischen Parteien zu unterstützen, von Teilen des Vorstands jedoch Sympathien für den Kandidaten der KPD Ernst Thälmann geäußert wurden. Der Parteivorstand dementierte danach zwar Meldungen, dass ganze Ortsgruppen zur KPD abgewandert seien, aber ein Mitgliederverlust ließ sich nicht verleugnen.[62] In der Endphase der Republik war die Mitgliederfluktuation zwischen den Parteien ohnehin recht hoch; für manche »radikal« gesonnenen Zeitgenossen dürfte die RDP in der Tat eine Zwischenstation auf dem Weg zur extremen Linken dargestellt haben.

Als letzte Partei des linken Spektrums wäre die erst 1931 von der SPD abgespaltene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) erwähnenswert. Mit der RDP hatte sie die Gemeinsamkeit, dass es sich ebenfalls um eine Linksabspaltung einer Partei aus der einstigen Weimarer Koalition handelte; zudem boten beide nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen von SPD

---

[59] Wahlparole der Radikaldemokraten zur bayrischen Landtagswahl. In: Echo der radikalen Demokratie 14 (1932), S. 23.

[60] Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966, S. 394.

[61] Vgl. Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung", „Fürstenenteignung", „Panzerkreuzerverbot" und Young-Plan". Frankfurt a.M. 1989, S. 72ff.

[62] Eine Partei stirbt. Das Ende der »Radikaldemokraten«. In: Deutsche Zeitung, 20.3.1932. – Totgesagte leben lange! In: Radikaldemokratische Blätter 2 (1932), H. 5.

und Staatspartei bezüglich der Mitgliedschaft in der DFG zahlreichen Pazifisten die einzige Möglichkeit, sich weiterhin parteipolitisch zu engagieren.[63]

Seitens der RDP waren die Reaktionen auf die Gründung der SAPD ambivalent. Während Max Reinheimer im »Radikaldemokratischen Pressedienst« die Neugründung kritisierte, weil sie zur Vermehrung der „Unsicherheit" beitrage,[64] rechtfertigte Rötger Romberg im Organ der Radikaldemokratischen Jugend die Existenz der Splitterparteien mit den Fehlern der großen Parteien.[65]

Die Partei versuchte zwar, sich reichsweit zu organisieren, regionale Schwerpunkte waren jedoch nicht zu verkennen. Dazu zählten vor allem Berlin, das Ruhrgebiet (Dortmund) und Nürnberg-Fürth. Zuverlässige Angaben über die Zahl der Parteimitglieder ließen sich nicht ermitteln; die von der Staatspartei als Konkurrentin genannten 1.200[66] dürften eben so unter- wie die von der RDP selbst angegebenen 20.000[67] übertrieben gewesen sein. Der einzige Landtag, in dem die RDP kurzzeitig mit Abgeordneten vertreten war, gehörte dem Volksstaat Hessen. Die durch Übertritt ehemaliger DDP-Abgeordneter erhaltenen Mandate konnten in Wahlen jedoch nicht verteidigt werden.[68] Bei der fälligen Neuwahl am 15. November 1931 erzielte die RDP mit 4.613 Stimmen nur einen Anteil von 0,55% der Stimmen. Als

---

[63] Wobei allerdings anzumerken ist, daß eine Reihe von Pazifisten die SAPD bereits nach einigen Monaten wieder verließ, weil sie sich mit ihren Vorstellungen auch dort in der Minderheit sah; andererseits zogen zahlreiche Sozialdemokraten den Austritt aus der DFG einem möglichen Ausschluss aus der SPD vor.

[64] M. R., Kommt eine neue USPD? Radikaldemokratischer Pressedienst Nr. 73 (1.10.1931)

[65] Rötger Romberg, Der Splitter und die Balken. In: Der radikale Demokrat, 2 (1931), Nr. 12.

[66] Der Demokrat 11 (1930), S. 600.

[67] Kurt Rüss, Radikal-Demokratische Partei, S. 479.

[68] Dazu: Burkhard Gutleben, Radikaldemokraten im hessischen Landtag. Parlamentarische Episode einer Splitterpartei. In: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde 93 (1988), S. 179 - 186. – Martin Liepach, Radikale Demokraten in der Mitte. Die RDP in der hessischen Landtagswahl 1931. In: Historical social research 22 (1997), S. 146 - 159. Liepach konnte durch detaillierte Analysen ermitteln, dass die Radikaldemokraten in Gemeinden mit überdurchschnittlichem jüdischen Bevölkerungsanteil nur unwesentlich besser abschnitten als im Landesdurchschnitt, obwohl diese Gruppe bei Wahlen generell eine deutliche Präferenz für den Linksliberalismus zeigte. Die Zersplitterung dieses Lagers in zwei relativ aussichtslose Parteien habe jedoch zu einem Vertrauensverlust geführt.

diese Wahl auf Grund einer Anfechtung am 19. Juni 1932 wiederholt werden musste, konnte man sich unter dem Namen »Hessische Demokraten« zwar geringfügig auf 4.921 Stimmen (0,66 %) steigern, blieb mit diesem Ergebnis aber trotz einer mit der SPD eingegangenen Listenverbindung deutlich vom Gewinn eines Mandates entfernt. Zu einer Reichstagswahl trat die RDP nur einmal, am 6. November1932, an. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als bereits ein Teil der ehemaligen Mitglieder der Partei den Rücken gekehrt hatten, weil sie ihr keine Chance mehr einräumten.[69] Als Spitzenkandidat fungierte der Berliner Polizeimajor Walther Encke, der anfangs nicht zum Führungskreis der RDP gehörte. Er hatte sich im Juli 1932 jedoch als aufrechter Demokrat profiliert, als er in Reaktion auf den »Preußenschlag« des Reichskanzlers Papen in Verbindung mit dem Charlottenburger Reichsbannerführer Ernst Carlbergh eine demokratische Gegenaktion zumindest in Erwägung zog und dafür eine vorüber gehende Inhaftierung sowie einige Verhöre in Kauf nehmen musste und nach seiner Entlassung „plötzlich ein republikanischer Held"[70] war. Die bei dieser Wahl reichsweit erzielten 3.793 Stimmen jedoch blieben sogar in absoluten Zahlen hinter dem hessischen Ergebnis zurück.[71]

Der auf der dem Reichsvertretertag am 8./9. Oktober 1932 zum neuen Vorsitzenden gewählte Ludwig Lange aus Elberfeld amtierte nur bis zur Reichstagswahl am 6. November des Jahres. Für ihn rückte dann kommissarisch Werner Wilk aus Berlin nach.

In den letzten Monaten wurde die RDP im Wesentlichen von einer jüngeren, auf die Hauptstadt Berlin konzentrierten Gruppe aufrecht erhalten, zu der

---

[69] Das von Otto Stündt und Julie Meyer herausgegebene »Echo der radikalen Demokratie« gab sich im Mai 1932 den neuen Namen »Demokratisches Echo«. Der von seinen Parteiämtern inzwischen zurück getretene Otto Stündt kritisierte wenige Monate später in diesem Organ das Festhalten am gescheiterten Parteiprojekt und die angestrebte Kandidatur bei der Reichstagswahl und plädierte für Rückkehr zum Organisationsmodell der Vereinigung. (Die radikaldemokratische Bewegung und wir. In: Demokratisches Echo 14 [1932], S. 70 - 72)

[70] Peter Brandt / Axel Kellmann, Walther Encke - ein »radikaldemokratischer« Polizeioffizier am Ende der Weimarer Republik. In: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Bremen 1995, S. 265.

[71] Ergebnisse in: Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 6. März 1933 (Sechste bis achte Wahlperiode). Bearb. im Statistischen Reichsamt. Berlin 1935. (= Statistik des Deutschen Reiches, N.F. 434).

auch die von Hans Keibel geführte Radikaldemokratische Jugend gehörte, die sich teilweise recht verbalradikal gerierte und deren Abstand zu destruktiven Kritikern der Republik nicht immer deutlich war. Von den klangvollen Namen aus der Gründungsphase beteiligte sich zumindest Hellmut von Gerlach bis zuletzt, wenn auch nur sporadisch, am Parteileben.[72] Georg Bernhard hielt die Schlussrede bei dem am 19. Februar 1933 in Berlin abgehaltenen Kongress »Das freie Wort«.[73] Die Berliner Gruppe blieb zwar bis in den März 1933 hinein aktiv (letztmalige, wenngleich völlig erfolglose Kandidatur zur dortigen Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933), lässt sich im politischen Widerstand gegen das Hitler-Regime jedoch nicht mehr wiederfinden.[74]

Letztlich begegneten auch die Radikaldemokraten, ihren mitunter recht markigen Formulierungen zum Trotz, als bürgerliche Liberale dem Faschismus nicht nur machtlos sondern auch ohne Konzept, da ihre überwiegend idealistischen Vorstellungen einer realistischen Einschätzung des Gegners eher im Wege standen. Zudem fehlte dem Linksliberalismus am Ende der Republik die „kämpferische Fähigkeit" die ihn vielleicht widerstandsfähiger gemacht hätte.[75]

---

[72] Er nahm u.a. am 8. Oktober 1932 beim Reichsvertretertag der RDP als Bevollmächtigter der nicht angereisten Münchener Gruppe teil. (Radikaldemokratische Blätter 2 [1932], H. 12, S. 13) Für den 1. März 1933 kündigte die letzte Nummer der Radikaldemokratischen Blätter (3 [1933], Nr. 2, S. 31) sein Referat über »Miliz« im Rahmen der Diskussionsabende des Gaus Berlin-Brandenburg an. Angesichts dieser Befunde kann ich nicht verstehen, warum die beiden umfangreichen Arbeiten über Gerlach von Gilbert und Schulte die RDP jeweils nur in einer Fußnote erwähnen. Gilberts Statement: „Gerlachs Austritt aus der ‚Deutschen Demokratischen Partei' bedeutete zugleich seinen Rückzug aus jedem parteipolitischen Engagement. " (Hellmut von Gerlach..., S. 115) kann jedenfalls nicht unwidersprochen bleiben.

[73] Radikaldemokratische Blätter 3 (1933), H. 2, S. 30.

[74] Als Quelle dafür bietet sich das Organ: Der Radikale Demokrat an (Berlin 1930 - 1933), herausgegeben von der Radikaldemokratischen Jugend. – Ein autobiographisches Zeugnis ist außerdem das Kapitel: Das erste Halbjahr 1933. In: Hans Dolezalek, Erinnerungen eines Radikaldemokraten. Deutschland 1930 - 1933, mit Rückbetrachtungen von 1996, S. 12 - 17 (mir als »Ausdruck vom 15. März 1996« zugesandt).

[75] Marcus Llanque, Der Weimarer Linksliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuss, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke. In: Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hrsg.) Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 181.

Daher überrascht es nicht, dass man bei der Verfolgung von Einzelschicksalen auf völlig unterschiedliche Verläufe stößt.[76]

Bei den in Deutschland verbliebenen reichten diese von politischer Zurückhaltung, ja sogar notgedrungener Kooperation mit den Nationalsozialisten bis hin zu Verfolgung und Tod.[77] Wichtige Beiträge zur politischen Auseinandersetzung lieferten dagegen prominente Einzelpersonen, die 1933 Deutschland verließen, unter ihnen Ludwig Quidde, Hellmut von Gerlach und Georg Bernhard.[78]

Ein personell-organisatorisches Anknüpfen an die RDP hat es nach 1945 nicht gegeben. Ehemalige Radikaldemokraten fanden sich als vereinzelte Mitglieder in SPD, FDP oder CDU wieder; zur Gründung einer spezifisch linksliberalen Partei kam es jedoch erst wieder nach einigen Jahrzehnten.

---

[76] Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Reaktionen – allerdings nicht nur von linken Liberalen – bietet Joachim Scholtyseck, Liberale im »Dritten Reich«, in: Rolf-Ulrich Kunze (Hrsg.) Distanz zum Unrecht, 1933 - 1945. Methoden und Probleme der deutschen Widerstandforschung, Konstanz 2006, S. 105 - 126.

[77] Erich Lüth zog sich bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme von der aktiven Politik zurück und blieb unbehelligt. Zu seinem weiteren Weg vgl. seine autobiographischen Bücher: Viel Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet. Hamburg 1966 und: Ein Hamburger schwimmt gegen den Strom. Hamburg 1981 – Auch Freiherr von Schoenaich verbrachte die Zeit der Nazi-Herrschaft in einer Art von innerem Exil. Vgl. dazu sein Buch: Mein Finale. Mit dem geheimen Tagebuch 1933 - 1945. Flensburg 1947. – Otto Stündt fand sich nach wiederholter Drangsalierung zum Eintritt in die NSDAP und zu propagandistischer Tätigkeit bereit, vgl. die »Rechtfertigungsschrift der Schriftstellers Otto Stündt« (Typoskript 1946, Nachlass in Privatbesitz) und: Petrus Müller, Otto Stündt (1894 - 1970). Politiker, Schriftsteller und bewußter Christ im 20. Jahrhundert. In: liberal 32 (1990), H. 4, S. 103 - 115. – Zu den Opfern zählen Max Reinheimer und Heinrich Vierbücher, einer der profiliertesten Versammlungsredner der DFG, vgl. dazu das Hermes Handlexikon: Die Friedensbewegung. Düsseldorf 1983, S. 325 bzw. 401.

[78] Zu den Liberalen in Widerstand und Exil empfiehlt sich der Katalog von Horst Sassin, Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933 - 1945. Bonn 1983. Sehr detailliert ist seine Dissertation: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934 - 1942. Hamburg 1993.

Biographischer Exkurs 2: Ludwig Quidde (1858 - 1941)

Ludwig Quidde hat versucht, in seinem Wirken wissenschaftliche Tätigkeit und politisches Engagement zu verbinden. Dass ihm dies nicht gelungen ist, dass vielmehr in seiner Biographie ein Nacheinander von akademischer und politischer Aktivität festzustellen ist, lag weniger an ihm als an seinen Zeitgenossen: als er sich zum ersten Mal auf Grundlage historischer Kenntnisse politisch äußerte, hat ihn die allzu obrigkeitsgläubige Fachkollegenschaft gleichsam exkommuniziert. Dabei hatte seine wissenschaftliche Laufbahn zunächst recht gradlinig und viel versprechend begonnen. Am 23. März 1858 in Bremen als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren, begann Ludwig Quidde 1877 in Straßburg das Studium der Fächer Geschichte, Philosophie und Nationalökonomie. 1878 wechselte er nach Göttingen, wo er 1881 promovierte. In den folgenden Jahren profilierte er sich mit weiteren Forschungen und Veröffentlichungen als Fachmann für die deutsche Geschichte des späten Mittelalters. Er wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die groß angelegte Edition der deutschen Reichsakten / ältere Reihe herangezogen. 1889 übernahm er die Gesamtleitung dieser Reihe. Im gleichen Jahr gründete er eine eigene Fachzeitschrift, die »Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«. Die Leitung des Preußischen Historischen Institutes in Rom von 1890 bis 1892 brachte ihm die Verleihung des Professorentitels. 1892 wurde er zum außerordentlichen Mitglied der Historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. 1893 bis 1895 war er maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der ersten deutschen Historikertage beteiligt. Zu dieser Zeit schien der noch nicht Vierzigjährige ein würdiger Nachfolger seiner Lehrer Baumgarten und Weizsäcker werden zu können. Im Jahr 1894 verspielte Quidde jedoch seine wissenschaftliche Karriere durch die Veröffentlichung einer politischen Schrift. Als Student hatte er bereits 1881 ein Pamphlet über »Die Antisemitenagitation und die deutsche Studentenschaft« verfasst und 1893 mit der Schrift »Der Militarismus im heutigen deutschen Reich« sein späteres Lebensthema gefunden. Diese Schrift war noch anonym erschienen. Seine »Studie über römischen Cäsarenwahnsinn«, betitelt »Caligula«, ließ er dann unter seinem Namen veröffentlichen. Einerseits wurde die Schrift mit über 30 Auflagen das erfolgreichste Pamphlet im deutschen Kaiserreich, anderer-

seits zerstörte die in satirischem Gewand vorgetragene Kritik an Wilhelm II. und der wilhelminischen Gesellschaft seine wissenschaftliche Zukunft. Noch vor seiner Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung zogen sich die Fachkollegen vom persönlichen Kontakt und der Mitarbeit an seiner Zeitschrift zurück. Ihm wurde der »Ehrenname eines Gelehrten« abgesprochen und die Leitung der Reichstagsaktenedition entzogen. Nach 1894 hat Ludwig Quidde als Historiker so gut wie nichts mehr erarbeitet oder veröffentlicht, dafür hat er sich um so mehr als Politiker betätigt. 1893 war er in die deutsche Volkspartei eingetreten: von 1902 bis 1911 vertrat er sie im Münchener Gemeindekollegium, von 1907 bis 1918 im bayerischen Landtag. Die Fusion aller linksliberalen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei 1910 hatte er zunächst abgelehnt, wirkte dann aber doch in deren Zentralausschuss mit.



Wichtiger als sein parteipolitisches Engagement wurde zunehmend seine Tätigkeit in pazifistischen Organisationen. 1894 trat Quidde der zwei Jahre zuvor gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) bei. Neben der moralischen Ächtung des Krieges lag ihm die Friedenssicherung durch internationale Kooperation und Verträge am Herzen. 1901 wurde er deutscher Vertreter im internationalen Friedensbureau in Bern, seit 1907 arbeitete er in der Interparlamentarischen Union mit. Im gleichen Jahr organisierte er in seiner neuen Heimatstadt München den ersten Welt-Friedenskongress auf deutschem Boden. Seine zentrale Rolle in der deutschen Friedensbewegung kam durch seine 1914 erfolgte Wahl zum Vorsitzenden der DFG zum Ausdruck.

Nach dem Rückschlag durch den Ersten Weltkrieg nahm die Friedensbewegung mit neuen Kräften ihre Arbeit wieder auf, die Rahmenbedingungen waren durch den Übergang vom Kaiserreich zur Republik zunächst günstiger. Auch für Quiddes parteipolitisches Engagement gab es einen neuen Rahmen: er schloss sich der 1918 gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an. Für sie wurde er 1919 in die Nationalversammlung gewählt. Dass er danach jedoch nicht mehr als Kandidat für Reichstagswahlen nominiert wurde,

deutet an, dass die Pazifisten in der DDP, die lange Jahre den Reichswehrminister stellte, keinen leichten Stand hatten.

Gegen Ende der 20er Jahre wurde Quiddes Position auch in der Friedensbewegung schwächer, obwohl seine internationalen Bemühungen 1927 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises anerkannt wurden. Der auf internationale Verträge ausgerichtete Honorationenpazifismus bürgerlicher Prägung, wie ihn Quidde vertrat, wurde zunehmend von einem radikaleren Pazifismus jüngerer Kräfte verdrängt, die eine antimilitaristische Massenbewegung aufbauen wollten. 1929 wurde Quidde von der Führung der DFG abgewählt. Im gleichen Jahr brach das Deutsche Friedenskartell auseinander; dieser Dachverband der pazifistischen Organisationen war von ihm seit seiner Gründung 1921 geleitet worden.

Doch Erfahrungen und Führungsqualitäten des inzwischen über Siebzigjährigen waren noch einmal gefragt: als sich 1930 die DDP mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei zusammen schloss, sammelten sich die Gegner dieser Fusion in der Vereinigung Unabhängiger Demokraten (VUD) und wählten ihn zum Vorsitzenden. Als die Vereinigung sich wenige Monate später in die Radikaldemokratische Partei (RDP) umwandelte, lehnte Quidde den ihm angetragenen Vorsitz ab, da er einer Parteineugründung - wie sich zeigte, zu Recht - wenig Chancen gab. Er stellte sich aber der RDP zur Verfügung, solange demokratische Parteiarbeit in Deutschland noch möglich war. Nach der Machtübernahme durch den Faschismus ging er im März 1933 ins Exil nach Genf. Die ihm vom Osloer Nobelkomitee zufließenden Subventionen setzte er nicht zuletzt für die Unterstützung von im Exil notleidenden Pazifisten ein. Sein 80. Geburtstag wurde 1938 in der »Friedenswarte« durch zahlreiche Beiträge internationaler Persönlichkeiten gewürdigt. Eine im Exil begonnene Darstellung des Pazifismus während des Ersten Weltkriegs konnte er nicht mehr vollenden (sie wurde erst aus dem Nachlass veröffentlicht).[79]

Ludwig Quidde blieb es nicht erspart, das Scheitern seines Friedensengagements mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zu erleben, bevor er am 5. März 1941 in Genf starb.

---

[79] Ludwig Quidde, Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914 - 1918. Aus dem Nachlass hrsg. von Karl Holl ... Boppard 1979. (Schriften des Bundesarchivs ; 23)

Die Liberalen Demokraten (1982 - ????)

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es der 1948 in der Bundesrepublik gegründeten FDP gelungen zu sein, das gesamte Spektrum des Liberalismus in einer Partei zusammen zu fassen. Dass deren politisches Profil wie auch das Koalitionsverhalten im Laufe der Jahrzehnte durchaus wechselte, weist allerdings darauf hin, dass die FDP verschiedene Flügel beherbergte – Wirtschafts- und Sozialliberale oder Nationalliberale und Freisinnige – die oft nur geeint wurden durch die Hoffnung, zu einem bestimmten Zeitpunkt selbst die Linie der Partei bestimmen zu können, und die Befürchtung, angesichts der nun geltenden 5%-Klausel als eigene Organisation von parlamentarischer Repräsentanz ausgeschlossen zu bleiben. Im Falle gravierender Kursveränderungen der FDP haben sich wiederholt bestimmte Lager von ihr getrennt. Als es im Zuge der neu gebildeten sozialliberalen Koalition auch zu einer Neuorientierung in der Ostpolitik kam, trennte sich z.B. ein nationalliberaler Flügel um den früheren Vorsitzenden Erich Mende von der Partei. Dessen Nationalliberale Aktion (NLA) blieb zwar erfolglos, der Austritt mehrerer Mitglieder aus der Bundestagsfraktion stellte allerdings 1972 die parlamentarische Mehrheit der Bundesregierung in Frage und führte zu Neuwahlen.

Der linke Flügel der Partei, der zu Beginn der sozialliberalen Koalition und in Zusammenhang mit der Verabschiedung der »Freiburger Thesen« 1972 einen gewissen Reformoptimismus verspürte, entschloss sich nach allmählicher Desillusionierung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zur Trennung im Zusammenhang mit der sog. »Wende« im Herbst 1982, als nach 13 Jahren die sozialliberale Koalition zu Ende ging.[80]

Für eingeweihte Beobachter kam der Koalitionsbruch durchaus nicht aus heiterem Himmel; Anzeichen für eine Umorientierung der FDP hatte es schon während der 70er Jahre gegeben.[81] Die Existenz zweier konkurrierender Jugendorganisationen – neben den Jungdemokraten etablierten sich

---

[80] Zur Vorgeschichte des Bruchs der sozialliberalen Koalition: Johannes Merck, »Klar zur Wende?«. Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn. 1980 - 1982. In: Politische Vierteljahresschrift 28 (1987) S. 384 - 402.

[81] Klaus Weber vertritt in seiner Dissertation die Auffassung, dass das Ende der „linksliberalen Hochkonjunktur" bereits 1973/74 erreicht war (Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, Frankfurt a.M. 2012, S. 16).

ab 1980 die Jungen Liberalen – offenbarte zudem exemplarisch die Neigung zu organisatorischer Trennung im liberalen Umfeld.[82]

Der linke Flügel in der FDP, unterstützt von den Jungdemokraten, hatte sich bereits im Verlauf der Jahre 1981 und 1982 auf mehreren Kongressen als Drohpotential formiert[83] und sich im September 1982 mit den »liberalen drucksachen« ein eigenes Diskussionsforum geschaffen. Dennoch kam das linke Spektrum angesichts der konkreten Ereignisse während der »Wende« zu keiner einheitlichen Handlungsperspektive.[84]

Ein Teil setzte auf die fliegende Gründung einer neuen sozialliberalen Partei unter Einbeziehung linker Kräfte in Fraktion und Vorstand der FDP und hoffte auf eine Unterstützung durch die SPD, die, am Erhalt eines Koalitionspartners interessiert, die neue Partei z.B. durch die Überlassung einiger sicherer Direktmandate an der 5%-Hürde vorbei in den Bundestag hieven würde. Es zeigte sich jedoch bald, dass der SPD mehr an profilierten sozialliberalen Seiteneinsteigern wie Günter Verheugen lag als an Schützenhilfe für eine neue Partei.

Eine andere Gruppe orientierte darauf, die innerparteiliche Beschlusslage der FDP rückgängig zu machen, was angesichts der teilweise knappen Mehrheitsverhältnisse nicht unmöglich schien. Als auf dem Berliner Parteitag Anfang November jedoch eine Ablösung der bisherigen Parteiführung misslang, musste der Weg der innerparteilichen Opposition gegen die »Wende« endgültig als gescheitert angesehen werden.

Die Gegner der »Wende« gründeten nun am 28. November 1982 in Bochum eine neue Partei, die Liberalen Demokraten. Das größte Manko schien zunächst, dass sie einen „Neuanfang der Namenlosen" unternahmen, da sich ihnen keine prominenten Vertreter des sozialliberalen Kurses anschlossen.[85]

---

[82] Zur Entstehung der Jungen Liberalen: Detmar Doering / Lieselotte Stockhausen-Doering, Kräfte des Wandels? Liberale Jugendorganisationen von der sozialliberalen Koalition bis heute. St. Augustin 1990.

[83] Vgl. dazu die vom Liberalen Bildungswerk NRW herausgegebene Dokumentation zu den Hintergründen und Ergebnissen der linksliberalen Kongresse in Köln, Frankfurt/Main und Norderstedt. Bochum (1982).

[84] Vgl. zum Folgenden: Martin Budich/Thilo Schelling, Die Linksliberalen in den Jahren von 1981 bis 1983. In: liberale drucksachen, 1983, H. 10, S. 19 - 21, 1984, H. 1, S. 19 - 21 und H. 4, S. 19 - 21.

[85] Rolf Zundel, Der Neuanfang der Namenlosen. In: Die ZEIT, 3. 12. 1982, S. 2.

Der zum Vorsitzenden gewählte Ulrich Krüger hatte sein hessisches Landtagsmandat bereits seit 1978 nicht mehr inne. Somit verfügten die LD weder über Landtags- noch über Bundestagsabgeordnete. Es gab lediglich eine Reihe kommunaler Mandatsträger, die die Partei durch Übertritte einzelner FDP-Ratsmitglieder, zum Teil sogar ganzer Fraktionen, gewonnen hatte.

Namhafte Personen des öffentlichen Lebens bekannten nur in wenigen Fällen ihre Sympathien für die neue linksliberale Partei. Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang zumindest die 1986 verstorbene Schriftstellerin Ingeborg Drewitz.[86]

Zum Ehrenvorsitzenden wählten die LD recht bald ihren Nestor William Borm (1895 - 1987). Sein 90. Geburtstag sowie die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Karl-Marx-Universität Leipzig im Jahr 1985 gehörten für die Liberalen Demokraten zu den seltenen Anlässen, wo einer der ihren im Rampenlicht stand. Seine Schattenseiten sollten erst nach seinem Tod und dem Ende der DDR offenbar werden.

Zum »Cheftheoretiker« der jungen Partei avancierte der Marburger Politikwissenschaftler Theo Schiller. Im Vergleich mit den beiden Vorgänger-Organisationen war bei den LD der Anteil der Hochschullehrer am Mitgliederbestand und in den Führungsgremien am höchsten.

Hinsichtlich der Mitgliederstärke blieben die LD dagegen deutlich hinter der DV oder der RDP zurück. Die höchste von ihnen selbst ins Spiel gebrachte Zahl liegt bei 4.000.[87] Da die FDP von 1982 bis 1985 allerdings etwa 20.000 Mitglieder verloren hat, konnten die Liberalen Demokraten somit nur einen Bruchteil der »Wende«-Gegner für ihre Organisation gewinnen.

Programmatisch starteten die LD zunächst mit der Verurteilung des »Wende«-Manövers der FDP-Führung als kleinstem gemeinsamem Nenner. Ansonsten reichten die Vorstellungen durchaus von der Fortsetzung der FDP der »Freiburger Thesen« bis zur Schaffung einer gänzlich neuen, radikal-de-

---

[86] Vgl. ihren Beitrag: Nachdenken über mögliche Perspektiven einer neuen liberalen Politik. In: liberale drucksachen 1986, H. 3/4, S. 9.

[87] Vgl. Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden 2005, S. 313. – Folgt man den Angaben der damaligen Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Liberalen Vereinigungen, haben die LD in der Aufbauphase noch nicht einmal 2.800 Mitglieder gewinnen können. Vgl. Marianne Hochgeschurz, Braucht linksliberale Politik eine eigene Parteiorganisation? In: Die neue Gesellschaft 30 (1983), S. 620.

mokratischen Partei[88], was in erster Linie von den Jungdemokraten favorisiert wurde. Die tatsächliche Entwicklung der LD vollzog sich dann eher auf einer mittleren Linie. Sie profilierten sich vor allem als Bürgerrechtspartei, die für Datenschutz[89] eintrat, die geplante Volkszählung ablehnte und stattdessen eine »gläserne Verwaltung« forderte. Sie setzten sich ein für die Streichung des § 175 und die Abschaffung des sog. Extremistenbeschlusses.

In Bezug auf ihre eigene Organisation versuchten die LD, ein hohes Maß an parteiinterner Demokratie zu verwirklichen. Es galt das Prinzip, dass auf Parteitagen alle Mitglieder – nicht nur die Delegierten – Rede- und Stimmrecht besaßen, was angesichts der überschaubaren Mitgliederzahl allerdings nie die praktischen Probleme aufwerfen konnte wie bei den etablierten Parteien. Die LD waren auch eine der ersten Parteien, die das Instrument der Urabstimmung zur internen Willensbildung nicht nur vorsahen, sondern im Vorfeld der Europa-Wahl 1984 auch zum Einsatz brachten.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Programm »Arbeit für alle«, das eine weit reichende Neubewertung und Umverteilung der bezahlten Arbeit forderte.[90]

Liberale Demokraten: Präambel

Die Liberalen Demokraten stehen in der Tradition des demokratischen und sozialen Liberalismus. Sie verstehen sich als Erben der bürgerlichen Revolutionen und ihrer Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Liberalen Demokraten werden als politische Organisation das Modell einer liberalen Gesellschaft vertreten, einer Gesellschaft, die konsequent am Freiheitsgedanken ausgerichtet ist.

Die Chancen und Gefahren für die Freiheit des Einzelnen haben sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung verändert:

---

[88] Beim Gründungskongress in Bochum gehörte der Name »Radikaldemokratische Partei« zu den Vorschlägen, fand in der Abstimmung jedoch keine Mehrheit.

[89] Zum wohl publicityträchtigsten Werbeartikel der LD avancierte 1984 das sog. »Datenscheckheft«, das es durch verschiedene vorgedruckte Karten erleichtern sollte, für den Schutz der eigenen Daten aktiv zu werden.

[90] Das vom Bundesparteitag in Osnabrück 1986 beschlossene Programm »Arbeit für alle« wurde von den LD als Broschüre veröffentlicht, findet sich aber auch in ihrem programmatischen »Testament«: Freisinnig wider die Restauration. Werte und Wege radikaldemokratischer Politik. Hrsg.: Ralf Bartz, Hanno Jochimsen und Hans-Herbert Wilhelmi. Bonn 1988, S. 156 - 173.

Zunächst waren die Freiheitsrechte der Bürger gegen den feudalen Staat durchzusetzen. Rechtsstaat, Menschenrechte und Gewerbefreiheit sind wichtige Errungenschaften dieser Phase.

Mit der Entstehung des Kapitalismus trat die soziale Frage immer mehr in den Vordergrund. Freiheit kann seitdem nicht mehr nur formal gesehen werden, sondern ist materiell auszufüllen. Hier berühren sich sozialer Liberalismus und demokratische Arbeiterbewegung, welche von der industriellen Revolution bis heute soziale Grundrechte erkämpfte und noch erkämpft Liberalismus muß seitdem sozial sein. Dies bedeutet auch die Ergänzung der liberalen Freiheitsrechte durch soziale Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte in Wirtschaft und Gesellschaft.

In einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft, in der gesellschaftliche Gruppen einen erheblichen Einfluß auf das Leben des einzelnen ausüben, reicht die einfache Gegenüberstellung von Individuen und Staat, wie sie der klassische Liberalismus vornahm, nicht aus.

Der fortschrittliche Liberalismus muß zu Beginn des „Globalzeitalters", mit seinen immer größer werdenden internationalen Wechselbeziehungen, Abhängigkeiten und Gemeinsamkeiten im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich darauf hinwirken, weltweite Entwicklungen und Lösungen voranzutreiben.

Mit diesen Erweiterungen des geschichtlichen Liberalismus unterscheiden sich die Liberalen Demokraten von den Wirtschafts- und Nationalliberalen und sehen sich in immer größerem Gegensatz zu den Konservativen, welche in Autorität und Ordnung zentrale Werte sehen, die ihre Politik an wirtschaftlichen Machtinteressen orientieren und durch ihr Festhalten an überkommenen Strukturen und Rezepten von gestern die lebensnotwendige Neuorientierung in vielen Bereichen verhindern.

Eine rücksichtslose Weiterentwicklung der Industriegesellschaft gefährdet zunehmend unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Freiheit ist nur in einer menschengemäßen Umwelt möglich. Moderner Liberalismus muß daher ökologisch ausgerichtet sein.

Aus der Einsicht, daß menschliche Erkenntnis niemals abgeschlossen sein kann, verstehen die Liberalen Demokraten unter Demokratie Offenheit der Gesellschaft für grundlegenden Wandel und Fortschritt. Das bedeutet Vorurteilsfreiheit und Toleranz im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß ohne Tabus und ohne Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit, sowie eine weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche bei materieller Sicherung aller Menschen.

Unter heutigen Bedingungen hat der Liberalismus nur eine Chance, wenn es ihm gelingt, Erhaltung des Rechtsstaats Ausbau der Demokratie, Kontrolle der wirt-

schaftlichen Macht und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen miteinander zu verbinden.

Die Liberalen Demokraten nehmen daher Partei

- für Menschenwürde durch Selbstbestimmung,
- für Gleichberechtigung aller Menschen,
- für Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung,
- für Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- für Sicherung und Erweiterung der Bürgerrechte,
- für Schutz der Minderheiten,
- für Vorurteilslosigkeit und Toleranz im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß,
- für Demokratisierung der Wirtschaft,
- für Reform des Kapitalismus,
- für die Überschaubarkeit und Durchschaubarkeit der Strukturen und Prozesse in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen.

(Quelle: Die Beschlüsse der Liberalen Demokraten. Bonn 1983, S. 4 – 6.)

Ansonsten waren die LD engagiert in den meisten der neuen sozialen Bewegungen, gehörten unter anderem mehrere Jahre dem Bonner Koordinierungsbüro der Friedensbewegung an, waren aber auch in anderen Bündnissen als betont bürgerliche Partner gefragt.

Wahlen sollten sich allerdings als schicksalhaft für die neue Partei erweisen. In realistischer Einschätzung ihrer Chancen hatte sie auf eine Kandidatur zur Bundestagswahl im März 1983 verzichtet[91]. Im Nachhinein wurde das allerdings als Fehler gewertet. Den Grünen gelang bekanntlich damals mit 5,6 % der Stimmen der Einzug ins Parlament, was sie mittelfristig als vierte politische Kraft etablierte. Eine eigenständige Kandidatur der LD mit einem Ergebnis von vielleicht 1 bis 2 % hätte das möglicherweise verhindert und der Partei politische Optionen offen gehalten.

Dass diese bereits verspielt waren, machten die ersten Landtagswahlen deutlich, an denen die LD sich beteiligten: im September 1983 reichte es in

---

[91] Dafür sprachen sich insbesondere der Bundesvorsitzende Ulrich Krüger und der Altliberale William Borm aus; vgl. „Angst vor einer Niederlage", Frankfurter Rundschau vom 17.1.1983, S. 1.

Hessen und Bremen nur zu jeweils 0,4 %. Diese Resultate besiegelten das politische Schicksal der LD auch insofern, als die fest einkalkulierte Wahlkampfkostenerstattung ausblieb. Der dadurch entstandene Schuldenberg hat die Partei danach ständig belastet und ihre Arbeitsfähigkeit stark eingeschränkt. Der ohnehin bescheidene Parteiapparat musste reduziert werden. Fortschreitender Mitgliederverlust kam hinzu und führte zur Auflösung von Untergliederungen. Die Jungdemokraten orientierten sich zunehmend auf die Grünen als parlamentarisch vertretene und finanzkräftigere Partei.

Die ins Auge gefasste Beteiligung an der Europa-Wahl im Juni 1984 wurde von den Mitgliedern nach kontroverser parteiinterner Diskussion in einer Urabstimmung mit knapper Mehrheit verworfen. Darauf hin erklärte der bisherige Bundesvorstand seinen Rücktritt und der Bundesparteitag am 19./20. Mai in Kassel wählte Ralf Bartz, den Kanzler der Fernuniversität Hagen, zum neuen Parteivorsitzenden.

Unter seiner Führung verzichtete die Partei auch 1987 auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl und rief zur Wahl der SPD auf.[92] Einige lokale Gruppen (z.B. in Köln und Oberhausen) sprachen sich allerdings für die Grünen oder zumindest für deren Direktkandidaten aus.[93]

Auf lokaler Ebene konnten nur wenige der durch Überläufer erhaltenen Mandate in Wahlen verteidigt werden. Die größte Stadt, in der die LD aus eigener Kraft (auch 1994 noch) zu einem Ratsmandat kamen, war Heidelberg. Das Ergebnis von Kleve, wo es den LD 1984 gelang, die 5%-Hürde zu nehmen während gleichzeitig die FDP an ihr scheiterte, ließ sich nicht wiederholen. Andernorts war es den Liberalen Demokraten möglich, in Listenverbindungen mit den Grünen oder als einzelne Bewerber auf grünoffenen Listen in Stadträte zu gelangen.

Mit zunehmender Etablierung ihrer Partei rückten die Grünen jedoch von derartigen Konstruktionen ab und integrierten ihre linksliberalen Partner lieber in die eigene Organisation. Prominentestes Beispiel für eine solche Karriere ist vielleicht Irmingard Schewe-Gerigk, die zunächst in Herdecke mit den Grünen kooperierte, 1986 zu ihnen übertrat und 1994 für sie in den Bundestag

[92] Liberale Demokraten zur Bundestagswahl: die SPD wählen! In: Sozialdemokratischer Pressedienst, 42. Jg., Nr.2, 5. Januar 1987, S. 6.

[93] Das entsprechende Flugblatt des Kölner Kreisverbandes befindet sich in meinem Archiv, die Oberhausener Presseerklärung habe ich selbst zu verantworten.

einzog. Zur bislang letzten gemeinsamen Kandidatur einer Liste Grüne / LD kam es 1997 in Dieburg, dabei erzielte das Bündnis 10,9 % der Stimmen.

Für kurze Zeit verfügten die LD ihrerseits über ein Landtagsmandat, weil ein ehemaliges Mitglied des grün-alternativen Spektrums zu ihnen übertrat. Der für die Alternative Liste ins Berliner Abgeordnetenhaus nachgerückte Wolfgang Petersen wandte sich 1984 nach seinem Ausschluss aus der AL den Liberalen Demokraten zu, die zu seiner Unterstützung eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft bildeten. Bei der Neuwahl 1985 konnten die LD mit 1.416 Stimmen allerdings nur einen Anteil von 0,1% erzielen und das Mandat vergessen.

Die »liberalen drucksachen«, die über den Parteirahmen hinaus als gemeinsames Diskussionsforum für den Linksliberalismus fungierten, mussten mit dem Jahr 1986 ihr Erscheinen einstellen.

Allmählich verschwand die Partei aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Ein letzter Versuch, »Flagge zu zeigen« scheiterte, als die beabsichtigte Teilnahme an der Europa-Wahl 1989 mangels Unterstützer-Unterschriften nicht zu Stande kam. Der Bundesvorstand stellte darauf hin seine Ämter zur Verfügung und empfahl dem Bundesparteitag am 3. Juni 1989 in Köln die Auflösung der Partei. Für den entsprechenden Antrag fand sich jedoch nicht die satzungsmäßig erforderliche qualifizierte Mehrheit, so dass einige noch intakte örtliche Gruppen unter Führung der neuen Bundesvorsitzenden Gabriele Safai aus Freiburg die Arbeit fortsetzten.

Allerdings vertrat der Bundeswahlausschuss schon 1990 die Ansicht, dass die LD keine bundesweit funktionsfähige Partei mehr seien und verweigerte ihnen die Zulassung zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, obwohl diesmal ihre Wahlvorschläge von ausreichend vielen Unterschriften begleitet waren. Das im Wahlbündnis mit der Frauenpartei angestrebte regional arbeitsteilige Verfahren konnte selbst im bescheiden avisierten Rahmen nicht verwirklicht werden: während die Frauenpartei in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Landesliste, die auch aus den Reihen der LD stammende männliche Bewerber enthielt, antreten und dort 0,1% der Stimmen erreichen konnte, kamen die LD mit ihrer ebenfalls paritätisch besetzten Landesliste in Baden-Württemberg nicht zum Zuge.

Der Prozess der deutschen Einigung ist über die Partei, die ihm gegenüber ambivalente Gefühle hatte, hinweg geschritten. Kurzfristige Hoffnungen, mit der LDPD in engere Beziehungen treten zu können, erwiesen sich sehr

schnell als illusionär. Näher gelegen hätte für die LD vielleicht ein Anschluss an das Bündnis '90, das ihnen trotz seiner völlig anderen Genese programmatisch von allen relevanten politischen Parteien am nächsten stand. Im Vorfeld der Fusion mit den Grünen gab es dort in der Tat eine Strömung, die auch die LD und die ÖDP in ein Projekt »Bündnis für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte« einbeziehen wollte. Namentlich eine Brandenburger Gruppe um Günther Nooke und Wolfgang Templin suchte Kontakte zu den Linksliberalen, konnte sich aber letztlich in der eigenen Partei nicht durchsetzen: deren Bundesdelegiertenkonferenz Anfang Mai 1992 gewährte zwar der LD-Bundesvorsitzenden Rederecht, beschloss aber den Verzicht auf weitere Fusionspartner. Die in diesem Zusammenhang initiierte Kooperation zwischen ÖDP und LD wurde von den Linksliberalen im Vorfeld der Europa-Wahl 1994 wieder abgebrochen, da sie sich vom größeren Partner nicht ernst genommen fühlten.

In der Tat haben sich die Liberalen Demokraten seit der Mitte der 80er Jahre immer wieder um Wahlbündnisse und andere Formen der Kooperation bemüht, weil die eigenen Erfolgsaussichten kontinuierlich abnahmen. Diese Bemühungen reichen neben den bereits erwähnten Bündnissen mit den Grünen von Kontakten mit der Friedensliste im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985 bis zu im Frühjahr 2002 begonnenen Sondierungen mit den Resten der STATT-Partei, die durch einen Beschluss des LD-Bundesparteitages vom Oktober 2006 wieder abgebrochen wurden – eine gelingende oder gar erfolgreiche Partnerschaft hat sich dabei in keinem Fall ergeben.

Im Laufe der Zeit mussten die LD jedenfalls registrieren, wie sich ihr »Marktwert« dabei verminderte: während sie in der Mitte der 80er Jahre eine Anfrage der Europäischen Föderalistischen Partei (EFP) noch abschlägig beschieden, weil deren nordrhein-westfälischer Landesverband allenfalls 50 Mitglieder zählte, empfanden sie es ein knappes Jahrzehnt später als Affront, dass ihnen die ÖDP lediglich den Listenplatz 10 für die Europa-Wahl anbieten wollte. Trotz ihrer Bereitschaft zur Kooperation ist ihre Verschmelzung mit einer fremden Partei oder gar ihr Aufgehen in einer anderen Organisation nicht wahrscheinlich, da die Preisgabe der eigenen programmatisch-politischen Identität für den verbliebenen »harten Kern« der Mitgliedschaft keine mehrheitsfähige Option sein dürfte.

Die neuen Bundesländer bescherten den LD noch einmal einen vorübergehenden Sitz im Berliner Abgeordnetenhaus[94] und einige Momente der Medienaufmerksamkeit – zuletzt anlässlich der »Enttarnung« ihres Ehrenvorsitzenden William Borm als Stasi-Mitarbeiter, dennoch sind sie im Laufe der 90er Jahre fast gänzlich aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden; daran konnte auch Internet-Auftritt der Partei nichts mehr ändern. Aus den dort veröffentlichten Beschlüssen und Pressemitteilungen geht hervor, dass die LD die Politik der rot-grünen Bundesregierung kritisch begleiteten. Sie „beobachten mit großer Sorge die schrittweise Distanzierung des Bündnis 90 / Die Grünen von ihrer pazifistischen Grundhaltung".[95] Die LD halten somit in linksliberaler Tradition am prinzipiellen Pazifismus fest und betonen gerade in jüngster Zeit ihre soziale Orientierung.
Von existentieller Bedeutung für sie ist in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit dem Bundeswahlausschuss um die Zuerkennung des Parteistatus, wobei ihre Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse nicht gerade hilfreich sind.[96] Bei der Heidelberger Kommunalwahl im Oktober 1999 verloren sie mit einem Stimmanteil von 2% ihr langlebigstes und letztes Ratsmandat.[97] Die erneute Verweigerung des Parteistatus durch den Bundeswahlausschuss im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 brachte die LD in eine innere Krise, aus der sie jedoch, auch durch externen Zuspruch und zunehmendes Interesse jüngerer Menschen bestärkt, trotzig hervor gingen und es sich nicht nehmen ließen, den 20. Jahrestag ihrer Gründung zu begehen. Durch die Teilnahme an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl des Jahres 2005 (Direktkandidatur in einem Kölner Wahlkreis) konnten sich die Liberalen Demokraten den Parteistatus bis auf weiteres wieder sichern und im Jahr 2007 ihren dortigen Landesverband reaktivieren.

---

[94] Der ursprünglich für das Neue Forum gewählte Hans Schwenke wechselte 1992 zu den LD und fungierte zeitweise auch als deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Sein Mandat konnte bei der folgenden Wahl nicht verteidigt werden.

[95] Beschluss des 23. Bundesparteitages vom 16. November 1996 in Heidelberg.

[96] Die wechselvolle Geschichte von Nichtanerkennung, Zulassung, Herausnahme und Wiederaufnahme in die Liste der zugelassenen Parteien lässt sich überblicksartig nachlesen in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters: Ausgewählte Daten politischer Vereinigungen (Stand: 31.12.2012), Wiesbaden 2013, S. 124/125.

[97] Der stellvertretende Landesvorsitzende der LD Baden-Württemberg, Arnulf Weiler-Lorentz, ist als Vertreter der *Bunten Linken* allerdings auch heute noch Mitglied des Heidelberger Stadtrats.

In Zusammenhang mit dem 36. Bundesparteitag konnte am 8. Dezember 2007 in Kassel das 25jährige Bestehen der LD gefeiert werden. Das bei dieser Gelegenheit beschlossene neue Logo vermochte der Partei jedoch keinen neuen Schwung zu verleihen. Der Versuch, bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2010 mit einer Landesliste anzutreten, scheiterte wiederum an einer zu geringen Zahl von Unterstützer-Unterschriften, so dass die seit inzwischen über 30 Jahren existierende Partei nur noch geringe Hoffnungen hegen darf, überhaupt noch einmal aus eigener Kraft Mandate zu erringen. Mit der 2014 in Hamburg gegründeten FDP-Abspaltung »Neue Liberale« ist für die LD ein potenzieller Kooperations- und Bündnispartner entstanden; im Januar 2015 kündigten die Bundesvorsitzenden der beiden Organisationen gemeinsam mit der Verbraucherschutzpartei die Aufnahme von Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit an.[98]

[98] „Sozialliberale sammeln sich", siehe http://neueliberale.org/2015/01/06/sozialliberale-sammeln-sich/

Ergebnisse und offene Fragen

Bei der genaueren Betrachtung der hier vorgestellten drei Parteien fallen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf, die nun thesenartig zusammengefasst werden:

- Die untersuchten Gruppierungen trennten sich von ihren liberalen Mutterparteien, als diese (bündnis-)politisch einen Schritt nach rechts machten. (1907: Teilnahme der FrVg am Bülow-Block, 1930: Gründung der DStP durch die DDP und den Jungdo, 1982: Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur CDU/CSU).
- Die Oppositionellen ließen sich eher von moralischen und prinzipiellen als von realpolitischen Motiven leiten, die geringen Erfolgsaussichten ihrer Parteineugründungen lagen jeweils auf der Hand.
- Das durchgängigste Prinzip, an dem alle Abspaltungen festhielten, war die Orientierung auf ein Bündnis mit der Sozialdemokratie in einer Situation, in der die übrigen Liberalen bürgerliche Partner vorzogen. Gleichzeitig waren alle Neugründungen in der Gefahr, von der SPD absorbiert zu werden, die sozialliberale Seiteneinsteiger bereitwillig aufnahm (1912: Breitscheid, 1930: Bergsträsser und Erkelenz, 1982: Matthäus-Maier und Verheugen).
- Dass die linksliberalen Kleinparteien nicht alle Kritiker der Kurswechsel zu ihren Mitgliedern machen konnten, erklärt sich weiterhin daraus, dass viele eher in der angestammten Partei blieben oder sich ganz aus der Politik zurückzogen als das Risiko einer Neugründung mitzutragen.
- Die Abspaltungen lebten also von den Liberalen, die einerseits Bündnisse mit konservativen Kräften ablehnten, andererseits aber aufgrund verschiedener Vorbehalte sich nicht der SPD anschließen mochten und gleichzeitig genügend Motivation für die Schaffung einer neuen politischen Organisation besaßen.
- Die Parteigründer schufen keine Organisationen neuen Typs, sondern versuchten im Grunde, die Strukturen der Parteien, die sie verlassen hat-

ten, zu kopieren.[99] Das gelang in keinem Fall flächendeckend. Obwohl sich an den Neugründungen überproportional viele Personen beteiligten, die in ihren Berufen Multiplikatorenfunktionen ausübten, blieb ihre Resonanz in der Öffentlichkeit gering.

- Die soziale Trägergruppe der linksliberalen Kleinparteien war in erster Linie die bürgerliche Intelligenz: Freiberufler und Akademiker. Eine Ausweitung auf breitere Schichten der Lohnabhängigen blieb ebenso aus wie eine Unterstützung durch Wirtschaftskreise. Obwohl Großstädte gewiss am ehesten die soziale Basis für die genannte Trägergruppe abgeben, erzielten die drei Parteien ihre bescheidenen Erfolge eher in mittleren Universitätsstädten und in kleineren Gemeinden, wo der Einsatz einzelner Persönlichkeiten zu wahrnehmbaren Auswirkungen führte.
- Bei der inhaltlichen Positionsbestimmung lassen sich am ehesten folgende Konstanten feststellen: eine starke Affinität zum Pazifismus, das Eintreten für die Rechte der Frauen und anderer benachteiligter Gruppen, ganz generell die Forderung nach weiter gehender Demokratisierung (mit epochenspezifisch unterschiedlicher Ausprägung).
- Die politische Wirksamkeit der Kleinparteien, die durch Wahlniederlagen und Mitgliederverluste in allen drei Fällen bereits nach wenigen Jahren stark eingeschränkt war, wurde nicht durch Selbstauflösung, sondern durch einschneidende politische Ereignisse beendet (1914: Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1933: Machtübernahme durch den Faschismus, 1990: deutsche Einheit).[100]
- Bei einem Versuch der Etikettierung sind die Begriffe »sozialliberal«[101], »linksliberal« oder »radikaldemokratisch« nur bedingt geeignet, da sie

---

[99] Vgl. Jürgen Dittberner, der die LD als „reines FDP-Produkt" bezeichnet. (Die FDP, a.a.O., S. 313)

[100] Die Liberalen Demokraten haben hier allerdings eine Sonderposition, da das Ende ihrer realpolitischen Wirksamkeit nicht ursächlich mit der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands zusammen hängt und da ihre Geschichte auch noch nicht abgeschlossen ist. Während die Demokratische Vereinigung sechs (bzw. maximal zehn) Jahre existierte und der Radikaldemokratischen Partei nicht einmal drei Jahre zur Verfügung standen, können die LD inzwischen auf eine über 30jährige Geschichte zurückblicken.

[101] Zu diesem Begriff vgl. das Kapitel »Wer und was kann in Deutschland als sozialliberal gelten?« von Detlef Lehnert (Abschnitt 3 seines Aufsatzes: Zum historischen Ort des Sozialliberalismus in Europa, in: Sozialliberalismus in Europa, Wien [u.a.] 2012, S. 7 - 32, hier S. 19ff.)

nicht alle drei vorgestellten Parteien gleichermaßen zutreffend charakterisieren und sich teilweise auch auf andere politische Gruppierungen anwenden lassen. Der ein wenig antiquiert erscheinende Begriff »freisinnig« ist möglicherweise sogar eher in der Lage, die Brücke zu schlagen von der Vorgeschichte der Demokratischen Vereinigung am Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu den Liberalen Demokraten an dessen Ende; denn in mehreren Zusammenhängen haben auch die LD gern auf ihn zurückgegriffen[102].

Bis zum Vorliegen einer fundierten Definition kann der Terminus »linksliberale Kleinparteien« in meinen Augen nur als vorläufige Kennzeichnung dienen. Die Vorläufigkeit gilt dabei sowohl für den kaum jemals verbindlich definierten Terminus »linksliberal«[103] wie auch für den Begriff der »Kleinpartei«, da spätestens seit den kritischen Anmerkungen von Dirk van den Boom[104] der Begriff der »Splitterpartei« zwar wegen seinen negativen Konnotationen als verpönt gilt, eine eindeutige Definition des Begriffes »Kleinpartei« meines Wissens jedoch noch nicht gelungen ist. Möglicherweise wird für Organisationen wie die hier untersuchten künftig sogar eher der Terminus »Kleinstpartei«[105] Verwendung finden.

Dass sich diese Parteien mit wenigen Jahrzehnten Abstand immer wieder bilden, mag für manche Skeptiker von einer gewissen Geschichtsblindheit zeugen (das Schicksal der Vorgänger hätte doch als mahnendes Beispiel vor Augen stehen können); für andere Beobachter weist diese Beharrlichkeit jedoch auf die Kontinuität einer bestimmten Strömung in der bürgerlichen Intelligenz hin, die sich in der Tradition der Aufklärung und der Revolutionen von 1789 sowie 1848 sieht und die Verwirklichung von deren offenen Versprechungen anstrebt, und die zur Schaffung eigener Organisationen neigt,

---

[102] Die »liberalen drucksachen« führten den Untertitel »Zeitschrift für freisinnige Politik«. Unter dem Motto »Freisinnige gegen Restauration« wollten die LD zur Europawahl 1989 antreten, vgl. Liberale Presse Nr. 8, August 1988.

[103] Dieses Problem benennt auch Klaus Weber in der Einleitung zu seiner Dissertation (Der Linksliberalismus in der Bundesrepublik um 1969, a.a.O., S. 14f.) ohne etwas zu seiner Lösung beizutragen.

[104] Dirk van den Boom, Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 19f.

[105] Vgl. Uwe Kranenpohl / Oskar Niedermayer: Kleinstparteien. In: Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 663 - 681.

weil sie sich durch andere Parteien oder Verbände – zumindest zu bestimmten Zeiten – nicht adäquat repräsentiert fühlt.

Ob für diese Strömung allerdings die Organisationsform »Partei« wirklich die geeignete ist, soll hier am Ende bewusst als offene Frage stehen bleiben...[106]

[106] Anknüpfungspunkt für weitere Überlegungen könnten die Beiträge von Günter Trautmann und Karl Holl in dem von ihnen mit Hans Vorländer herausgegebenen Sammelband: Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, sein. (Trautmann, Der soziale Liberalismus - eine parteibildende Kraft? A.a.O., S. 9 - 16 ; Holl, Überlegungen zum deutschen Sozialliberalismus, a.a.O., S. 227 - 232).

Literaturverzeichnis

1 Allgemein und epochenübergreifend

Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland 1830 - 1945. Dieter Fricke [Hrsg.] Köln 1981

Für Eures Volkes Zukunft nehmt Partei. 1830 - 1945. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts. Hrsg. unter der Leitung von Dieter Fricke. Köln 1980

Burkhard Gutleben: Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert. Eine Skizze. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 4 (1992), S. 217 - 228

Jürgen C. Heß / E. von Steensel van der Aa: Bibliographie zum deutschen Liberalismus. Göttingen 1981 (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte ; 10)

Karl Holl: Liberalismus und Pazifismus. In: Die Friedensbewegung - Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Düsseldorf 1986, S. 252 - 256

In search of a liberal Germany. Studies in the history of German liberalism from 1789 to the present. Ed. by Konrad H. Jarausch and Larry Eugene Jones. New York [u.a.] 1990

Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988

Dieter Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen 1985

Angelika Schaser: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908 - 1933). In: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 641 - 680

Friedrich-Karl Scheer: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892 - 1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. 2., korr. Aufl., Frankfurt a.M. 1982

Sozialer Liberalismus. Hrsg. von Karl Holl, Günter Trautmann, Hans Vorländer. Göttingen 1986

Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Detlef Lehnert [Hg.] Wien (u.a.) 2012

Konstanze Wegner: Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik [Literaturbericht]. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 120 - 137

2 Demokratische Vereinigung

2.1 Periodika

Das Blaubuch. Wochenschrift für öffentliches Leben, Literatur und Kunst. Berlin 1906 - 1911

Das freie Volk. Demokratisches Wochenblatt. Berlin 1910 - 1914

2.2 Einzelne Quellen und Dokumente

Theodor Barth / Rudolf Breitscheid: Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung. Berlin 1909

Rudolf Breitscheid: Vornehmste Aufgabe der Linken ist die Kritik. Publizistik 1908 – 1912. Hrsg. von Sven Crefeld. Berlin 2015

Der erste Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Berlin am 12. April 1909. Berlin-Schöneberg [1909]

Der zweite Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Cöln am 15. bis 17. Mai 1910. Berlin-Schöneberg [1910]

Der dritte Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Gotha am 4. bis 6. Juni 1911. Berlin-Schöneberg [1911]

Der vierte Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu Nürnberg am 26. bis 28. Mai 1912. Berlin-Schöneberg [1912]

S(iegfried) Nestriepke: Was ist, was will die Demokratische Vereinigung? Berlin-Schöneberg 1911

2.3 Darstellungen

Manfred Braumann: Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung und ihre Entwicklung bis zu den Reichstagswahlen 1912. Typoskript o.O. o.J. [1968]

Ludwig Elm: Demokratische Vereinigung (DV) 1908 - 1918. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 1, Köln 1983, S. 496 - 503

Ludwig Elm: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893 - 1918. Berlin 1968

Burkhard Gutleben: »Verein zur kritischen Betrachtung der politischen Situation«? Die Demokratische Vereinigung (1908 - 1918). In: liberal 30 (1988), H. 1, S. 81 - 91

Karl Holl: Krieg und Frieden und die liberalen Parteien. In: Liberalismus und imperialistischer Staat. Göttingen 1975, S. 72 - 88

Eleanor L. Turk: German liberals and the genesis of the German association law of 1908. In: In search of a liberal Germany. New York [u.a.] 1990, S. 237 - 260

3 Radikaldemokratische Partei

3.1 Periodika

Echo der radikalen Demokratie. Nürnberg 1931 - 1932 (ab Mai 1932: *Demokratisches Echo)*

Radikaldemokratische Blätter. Mitteilungsblatt der Radikaldemokratischen Partei. Berlin 1931 - 1933

Der radikale Demokrat. Organ der Radikaldemokratischen Jugend. Berlin 1930 - 1933

3.2 Einzelne Quellen und Dokumente

Ludwig Quidde: Radikal-Demokratische Partei. In: Die Weltbühne 27 (1931), 1. Halbjahr, S. 50 - 53

Radikale Demokratie! Hrsg. von der Radikaldemokratischen Partei, Reichsgeschäftsstelle. Berlin [1931]

Otto Stündt, Der alten Fahne treu! Von Gründung, Zweck und Ziel der Vereinigung Unabhängiger Demokraten. In: Echo der jungen Demokratie 12 (1930), S. 111 - 117

Otto Stündt, Die neue Linke greift an! Zum Gründungsparteitag der Radikal-Demokratischen Partei in Kassel. In: Echo der jungen Demokratie 12 (1930), S. 161 - 164

3.3 Darstellungen

Peter Brandt / Axel Kellmann: Walther Encke – ein »radikaldemokratischer« Polizeioffizier am Ende der Weimarer Republik. In: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Bremen 1995, S. 256 - 284

Werner Fritsch: Radikal-Demokratische Partei (RDP) 1930 - 1933. (August -

November 1930 Vereinigung Unabhängiger Demokraten [VUD]). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 3, Köln 1985, S. 608 - 613

Ludger Grevelhörster: Organisatorische Entwicklung und Flügelkämpfe in der Demokratischen Jugend von 1919 bis zu ihrem Auseinanderbrechen 1930. In: Politische Jugend in der Weimarer Republik. Bochum 1993, S. 87 - 105

Burkhard Gutleben: Das Dilemma der linksliberalen Pazifisten in der ausgehenden Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 897 - 911

Burkhard Gutleben: Radikaldemokraten im Hessischen Landtag. Parlamentarische Episode einer Splitterpartei. In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 93 (1988), S. 179 - 186

Burkhard Gutleben: Radikaldemokratische Partei – aufrechte Linksliberale ohne Erfolg. In: liberal 28 (1986), H. 1, S. 65 - 72

Burkhard Gutleben: Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Linksliberalismus auf die Krise der 30er Jahre. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 259 - 284

Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 - 1933. In: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Göttingen 1978, S. 46 - 88

Karl Holl: Deutsche Pazifisten im europäischen Exil (1933 1940). Ein Werkstattbericht. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Frankfurt a.M. 1990, S. 276 - 307

Karl Holl: Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der Deutschen Demokratischen Partei 1918 - 1930. In: Imperialismus im 20. Jahrhundert. München 1976, S. 171 - 196

Larry E. Jones: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik, 1930 - 1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 265 - 304

Otmar Jung, Spaltung und Rekonstruktion des organisierten Pazifismus in der Weimarer Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 207 - 243

Martin Liepach: Radikale Demokraten in der Mitte. Die RDP in der hessischen Landtagswahl 1931. In: Historical social research 22 (1997), S. 146 - 159

Petrus Müller, Otto Stündt (1894 - 1970) Politiker, Schriftsteller und bewußter Christ im 20. Jahrhundert. In: liberal 32 (1990), H. 4, S. 103 - 115

Otto Rommel: Die Weimarer Jungdemokraten. In: liberal 13 (1971), S. 915 - 924

4 Liberale Demokraten

4.1 Periodika

liberale drucksachen. Zeitschrift für freisinnige Politik. Bochum [u.a.] 1982 - 1986

Liberale Presse. Zeitschrift der Liberalen Demokraten. Bonn 1985 - 1988

Tendenz. Zeitung der Jungdemokraten (Junge Linke). Köln [u.a.] 1975 -

4.2 Einzelne Quellen und Dokumente

Die Beschlüsse der Liberalen Demokraten. Bonn 1983

Dokumentation zu den Hintergründen und Ergebnissen der linksliberalen Kongresse in Köln, Frankfurt/Main und Norderstedt. Bochum (1982)

Freisinnig wider die Restauration. Werte und Wege radikaldemokratischer Politik. Hrsg.: Ralf Bartz, Hanno Jochimsen, Hans-Herbert Wilhelmi. Bonn 1988

http://www.liberale-demokraten.de [über die Homepage der LD können diverse Grundsatztexte und aktuelle Beschlüsse aufgerufen werden]

Marianne Hochgeschurz: Braucht linksliberale Politik eine eigene Parteiorganisation? In: Die neue Gesellschaft 30 (1983), S. 619 - 626

Ulrich Krüger: Haben die Liberalen Demokraten noch eine Zukunft? In: Die neue Gesellschaft 30 (1983), S. 614 - 619

4.3 Darstellungen

Dirk van den Boom: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1999

Martin Budich / Thilo Schelling: Die Linksliberalen in den Jahren von 1981 bis 1983. In: liberale drucksachen 1983, H. 10, S. 19 - 21, 1984, H. 1, S. 19 - 21 und H. 4, S. 19 - 21

Rainer Diehl: Notwendiger Schlußstrich. Zur Gründung der 'Liberalen Demokraten'. In: Die neue Gesellschaft 29 (1982), S. 1188 - 1202

Detmar Doering / Liselotte Stockhausen-Doering: Kräfte des Wandels? Liberale Jugendorganisationen von der sozialliberalen Koalition bis heute. Sankt Augustin 1990

Burkhard Gutleben: 25 Jahre Liberale Demokraten (1982 - 2007) Adresse: http://www.uni-due.de/~by0258/LD25.pdf

Johannes Merck: »Klar zur Wende?« Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn, 1980 - 1982. In: Politische Vierteljahresschrift 28 (1987), S. 384 - 402

Johannes Merck: Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn, 1980 bis 1982. Diss. Berlin 1989

Johannes Merck: Von der sozialliberalen zur bürgerlich-liberalen Koalition. In: Verantwortung für die Freiheit. Stuttgart 1989, S. 246 - 281

Günter Verheugen: Kein Monopol für den Liberalismus. Gedanken zum Parteienwechsel. In: Wie tot ist der Liberalismus? Nachdenken über ein Grundprinzip. Weinheim 1983, S. 57 - 64

5 Zu einzelnen Personen

Theodor Barth

Hans-Wilhelm Arnold: Der Publizist Theodor Barth. Diss. Berlin 1956

Carlheinz Graeter: Theodor Barths politische Gedankenwelt. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus. Diss. Würzburg 1963

Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland. Tübingen 1968

William Borm

Hendrik Bussiek: William Borm – das politische Ein-Mann-Unternehmen. In: L'80, H. 25 (1983), S. 48 - 55

Michael Staack: Ein Leben des aufrechten Ganges. In: liberale drucksachen 1985, H. 1/2, S. 9 - 14

Michael Staack: Wegbereiter der Entspannungspolitik. William Borm zum 90.

Geburtstag. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 30 (1985), S. 772 - 776

Rudolf Breitscheid

Rainer Behring: Rudolf Breitscheid (1874 - 1944). Liberaler Sozialreformer – verbalradikaler Sozialist – sozialdemokratischer Parlamentarier. In: Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1933. Köln / Wien 2015, S. 93 - 124

Roswitha Berndt, Rudolf Breitscheid (1874–1944), in: Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, S. 109 - 119

Detlef Lehnert: Rudolf Breitscheid (1874 - 1944). Vom linksbürgerlichen Publizisten zum sozialdemokratischen Parlamentarier. In: Vor dem Vergessen bewahren. Berlin 1988, S. 38 - 56

Christoph Osterwald: Die politische Entwicklung Rudolf Breitscheids bis zu seinem Eintritt in die Sozialdemokratie im Jahre 1912. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 36 (1974), S. 87 - 132

Peter Pistorius: Rudolf Breitscheid 1874 - 1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte. Diss. Köln 1970

Eckhard Trümpler: Vom bürgerlichen Demokraten zum Mitbegründer der antifaschistischen Volksfront: Rudolf Breitscheid. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 18 (1976), S. 513 - 524

Hellmut von Gerlach

Wilhelm Alff: Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung 1922 - 1930. In: ders., Materialien zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte. Frankfurt a.M. 1976, S. 127 - 132

Ludwig Elm: Von Naumann zu Barth und Breitscheid. Hellmut von Gerlach als Mitbegründer (1908) und Vorsitzender (1912-18) der Demokratischen Vereinigung (DV). In: Christoph Koch (Hrsg.) Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik, München 2009, S. 71 - 88.

Ursula S. Gilbert: Hellmut von Gerlach (1866 - 1935). Stationen eines deutschen Liberalen von Kaiserreich zum ‚Dritten Reich‵. Frankfurt a.M. [u.a.] 1984

(Europäische Hochschulschriften, Reihe 3 ; 218 = Diss. Freiburg 1980)

Ruth Greuner: Hellmut v. Gerlach. Wandlung durch Erfahrung. In: dies., Gegenspieler. Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin 1969, S. 17 - 49

Ruth Greuner: Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs. Berlin 1965

Karl Holl: Hellmut von Gerlach. Demokrat, Pazifist, Freund Frankreichs im Pariser Exil. In: Rechts und links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933 - 1940. Tübingen 2002, S. 115 - 127

Karl Holl / Adolf Wild: Ein Leben für Frieden und Demokratie. Hellmut von Gerlach. In: Ein Demokrat kommentiert Weimar. Bremen 1973, S. 11 - 44

Franz G. Schulte: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866 - 1935). Welt und Werk eines Demokraten und Pazifisten. München [u.a.] 1988 (Kommunikation und Politik ; 19 = Diss. Münster 1987)

Carl von Ossietzky

Franz Baumer: Carl von Ossietzky. Berlin 1984

Werner Boldt: Carl von Ossietzky - Vorkämpfer der Demokratie. Hannover 2013

Carl von Ossietzky und die politische Kultur der Weimarer Republik. Symposion zum 100. Geburtstag. Oldenburg 1991

Kurt R. Grossmann: Ossietzky. Ein deutscher Patriot. Frankfurt a.M. 1973

Wilhelm von Sternburg: „Es ist eine unheimliche Stimmung in Deutschland". Carl von Ossietzky und seine Zeit. Berlin 1996

Elke Suhr: Carl von Ossietzky. Eine Biografie. Köln 1988

Ludwig Quidde

Brigitte M. Goldstein: Ludwig Quidde and the struggle for democratic pacifism in Germany. Diss. New York 1984

Karl Holl: Ludwig Quidde (1858 - 1941), eine Biographie. Düsseldorf 2007 (Schriften des Bundesarchivs ; 67)

Ludwig Quidde. Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerver-

ständigung. Eingel. u. zsgest. von Hans Wehberg. Offenbach 1948

Torsten Quidde: Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde. Ein Leben für Frieden und Freiheit. Berlin 2003

Reinhard Rürup: Ludwig Quidde. In: Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124 - 147

Rosemarie Schumann: Ludwig Quidde. Streiter für Völkerrecht und internationale Verständigung. In: Alternativen – Schicksale deutscher Bürger. Berlin 1987, S. 93 - 131

Utz-Friedebert Taube: Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland. Kallmünz 1963 (Münchener historische Studien, Abt. Neuere Geschichte ; 5)

Paul Freiherr von Schoenaich

Stefan Appelius: Der Friedensgeneral Paul Freiherr von Schoenaich. Demokrat und Pazifist in der Weimarer Republik. In: Demokratische Geschichte 7 (1992), S. 165 - 180

Friederike Gräper: Die Deutsche Friedensgesellschaft und ihr General - Generalmajor a.D. Paul Freiherr von Schoenaich (1866 - 1954). In: Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871 - 1933 . Bremen 1999, S. 201 - 217

Heinz Habedank: Paul Freiherr von Schoenaich, ein General a.D. mit Realitätssinn. In: Alternativen, Schicksale deutscher Bürger. Berlin 1987, S. 133 - 167